

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 50 NUMMER

(8/91)

23. APRIL 1991

PREIS: öS 10,—

EXPO 1995:

Wien an die Donau

So neu, wie uns eingeredet werden soll, sind die Grundideen zur EXPO gar nicht. Schon seit Jahrhunderten wird versucht, "Wien an die Donau" zu bringen. Für eine "2. Wiener City" – ohne Rücksicht auf Verluste, sprich Menschen – gab es schon in der Nazi-Zeit Pläne und die heutigen sehen nicht viel anders aus.

Der Widerstand läßt – noch – auf sich warten. Aber das wird jetzt alles anders werden.

Siehe Seite 2 und mehr



Volkszählung:

Das geht doch nicht mit rechten Dingen zu!

Die Volkszählung steht – ziemlich knapp – vor der Tür (Vorsicht: Nicht stolpern!). Am 6. Mai geht's los.

Wichtige Informationen über rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten und (fast) alles über das richtige Ausfüllen der Bögen in diesem TATblatt.

Graz:

Autonomes Frauenzentrum abgerissen

Kein Platz für Frauen!

Nach Versprechungen von Stadt und Land, sich mit den Frauen an den "Runden Tisch" zu begeben, wurde Donnerstag morgens der Abriß des ehemaligen Tierspitals durchgezogen. Aus den Frauenräumen wurde ein Schutthaufen.

Sonst noch:

- Anschlagserklärungen
- Antimilitaristisches
- Besetzungen in Hetzendorf und überall
- Frauenberatungsstelle: Kein Geld von Hesoun
- Häuserkampf
- Leobersdorf
- Nordirland
- Prozesse: Faschos, Mike, Schurli
- Westbanks

Wien an die Donau

Vor etwa einem Jahr gab es bereits eine Artikelserie zur EXPO im TATblatt. Getan hat sich seit dem — an Widerstand — fast nichts. Getan hat sich — auf der anderen Seite — eine ganze Menge. So wird nun schon seit Monaten im alten Müll gebuddelt (wobei von Vereisen, Planen gegen Gestank etc. nicht allzu viel zu sehen ist) und jede Menge geplant und gebaut. Und so planen auch wir erneut eine Artikelserie zur EXPO/2. Wiener City, um zumindest mal zu wissen, was die Schw... vorhaben (was sie ja in vielen Punkten selbst nicht so genau wissen) — in der Hoffnung, schon bald über ersten lauten und handfesten Widerstand berichten zu können.

(K.Nal)

In diesem ersten Teil soll es hauptsächlich um die Geschichte der Pläne rund um Donaukanal, Donau, Leopoldstadt und Brigittenau gehen. Das meiste ist dem Buch "Der Donaukanal. Geschichte, Planung, Ausführung. (herausgegeben von: Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung i.A. MA 19 — Stadtgestaltung 3" entnommen. Aus diesem Buch sind auch alle nicht extra gezeichneten Zitate. Schwerpunkt der Darstellung liegt natürlich bei jenen Plänen, die in einem Naheverhältnis zur heutigen EXPO-Planung stehen.

Der Donaukanal — Die Donau nach Wien

Der heutige Donaukanal war bis ins Mittelalter der Hauptarm der Donau bei Wien (heutige Innere Stadt), der sogenannte Wiener Arm. Über ihn lief der Großteil des Handels von und nach Wien. Umso schlimmer war es, daß der Hauptstrom der Donau sich von Hochwasser zu Hochwasser weiter von Wien in Richtung Norden entfernte, der Wiener Arm zu einem Nebenarm wurde, die heutige Donau den Hauptstrom zu bilden begann.

Generationen von Planern waren seit

der Mitte des 14.Jh. damit beschäftigt, einerseits Wien wirksam gegen Hochwasser zu schützen und andererseits das Wasser wieder in den Wiener Arm zu bekommen, um Wien den wichtigsten Handelsweg zu erhalten.

Diese Versuche bestimmten das gesam-

nur Stückwerk. Es wurde mal hier versucht, was zu machen und mal dort ein bißchen reguliert. 1797 begann dann die systematische Donaukanalregulierung, die allerdings — wie die Überschwemmungen bewiesen — wieder eine Geschichte der Fehlschläge und des Geldmangels darstellt. Erst Mitte



Erste topographisch richtige Darstellung der Stromlandschaft bei Wien von Joseph Priami, 1663

te Mittelalter und den Beginn des Industrie Zeitalters — und schlugen immer fehl. Bis ins Jahr 1797 waren diese Versuche auch

der 70er Jahre dieses Jahrhunderts sollte es gelingen, Wien gegen Hochwasser zu schützen — die Donau aber kam nie zurück nach Wien.

Den Zilks und Mayers ist der Wille danach, das Volk abstimmen zu lassen! Zwecks demokratischer Legitimation....

Und sollte die Abstimmung nicht so ausgehen, wie Zilk und Mayer es haben wollen, ist's auch egal.....sagt Mayer.

Ausnahmsweise sind wir seiner Meinung!

Wir brauchen die EXPO in etwa so notwendig wie alle Zilks, Swobodas und Mayers zusammen — also etwa genauso dringend wie ein Loch im Kopf!

Welche Widerstand gegen Wohnungsnot, Umstrukturierung, Hochhauspläne, Umweltverpestung und Verkehrsinfarkt leisten wollen, müssen sich ein bißerl auskennen...

...in der Gegend...

...und in der Materie

Aus diesem Grund

Sonntagsspaziergang

mit Führung durch die Geschichte der Donau, der Stadtplanung, der Nazi-Projekte und ihrer Nachfolger samt Geländebesichtigung (keine Demonstration!)

**am Sonntag, dem 19.Mai 1991
um 15 Uhr U-Bahn-Station Kaisermühlen.**

Wien an die Donau

Da sich der Donaukanal immer schlechter für die Schifffahrt eignete, Wien also de facto gar nicht mehr wirklich an der Donau lag, tauchte im 19. Jh. die Idee auf, Wien an die Donau zu bringen. Eigentlich logisch: wenn der Fluß nicht bei der Stadt bleiben will, bringt man die Stadt halt zum Fluß. Gedacht wurde daran, die Ringstraße in die Leopoldstadt und in die Brigittenau bis zur Donau und sogar noch über die Donau hinweg zu erweitern. So sollten Leopoldstadt und Brigittenau in den Innenstadtbereich eingegliedert werden. Diese Eingliederung wurde dann zum Hauptmotiv aller Planungen in diesem Bereich.

Zwischen 1938 und 1945 gingen die Pläne dann im wesentlichen in die Richtung, die Ringstraße über den Donaukanal hinweg im 2. und 20. Bezirk zu schließen. Dafür sollten sogar weite Teile der Leopoldstadt niedergedrückt werden, um Raum für Prachtstraßen zu schaffen. Das machte den Nazis schon deswegen keine Probleme, weil es sich bei der Leopoldstadt um einen weitgehend verslumten Bezirk mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil handelte. Haupt-

verantwortlich für diese Planungen war ein gewisser Franz Schuster, der die Kontinuität der Planung nach 1945 sicherstellte.

Mit den NS-Planern kommen wir auch langsam in den Bereich der heutigen Planungen: „Leitgedanke für die gesamte Wiener NS-Planung war das Projekt 'Wien an die Donau', das eine Achse in Form einer Prachtstraße von 1,6 km Länge von der Innenstadt zur Donau hin vorsah,“ und zwar im Bereich der Taborstraße und/oder im Bereich der Unteren Augartenstraße. — Das Leitprogramm der Stadt Wien zur EXPO schreibt von der „städtebaulichen Entwicklung entlang der Achse Praterstraße — Lasallestraße (Achse von der Innenstadt zur Donau) — Wagramerstraße.“

Architektenwettbewerb 1946

Im Frühjahr 1946 wurde ein „Städtebaulicher Ideenwettbewerb“ ausgeschrieben, der den Bereich des Donaukanals erfassen sollte. Die Voraussetzungen waren diesmal recht gut — jede Menge war zerstört und mußte demnach neu aufgebaut werden. Aus dem Text über die Vorbedingungen: „Es muß in einer kommenden Entwicklung Wiens an eine stärkere Verbindung des (...) zweiten Bezirks mit dem (...) Stadtzentrum gedacht werden, aber von noch stärkerem Einfluß ist die stärkere Bindung zwischen Stadtteilen am jenseitigen linken Donauufer, wie Floridsdorf, Kagran und Stadlau, die unbedingt anzustreben ist“ — und die bei Straßenführung, Brücken usw. zu bedenken ist. — Das klingt schon wieder sehr nach EXPO, von der sie natürlich 1946 noch nichts wissen konnten — aber andersherum!

Viel gebracht hat der Wettbewerb allerdings nichts und so wurde 1948 eine Arbeitsgruppe eingerichtet — unter Leitung des NS-Planers Franz Schuster!

Arbeitsgruppe 1948

Vor Planungsbeginn wurden umfangreiche Strukturuntersuchungen in den betreffenden Bezirken durchgeführt. So sollte Stadtplanung erstmals „auf wissenschaftlicher Grundlage“ stattfinden.

Dabei „stellte sich heraus“, daß im 1. Bezirk zu viele Menschen arbeiten und im 2. Bezirk zu viele wohnen, wobei sich im 2. Bezirk auch noch „eine ausgeprägte Slumbildung“ zeigte. Dem muß nach Planerköpfen natürlich entgegengewirkt werden — vor allem bei der Innenstadtnähe des 2. Bezirks. Dieser sollte also „durchmischt“ werden, mit „sauberen Wohnheiten“.

Zudem stand für die Planer fest, „daß die Altstadt mit ihren Funktionen eines Verwaltungszentrums, eines Geschäfts-, Kultur- und Fremdenverkehrszentrums auf Dauer überlastet sein würde.“ Also sollte ein Teil dieser Funktionen in die Leopoldstadt verlagert werden. Die Alt-

stadt sollte zwar das kulturelle Zentrum Wiens bleiben, aber ein Teil der Verwaltungs- und Handelsfunktionen könnten in die Leopoldstadt ausweichen, meinten die Stadtstrategen. Das hätte dann auch der Impuls für die Sanierung „herabgewohnter und verslummerter“ Viertel sein sollen. Wobei diese Planer noch nicht von Sanierung reden, sondern von Bereinigung.

Ausgeführt wurde auch von diesen Plä-



Neugestaltung Wien —

Donauachse und Zentralbahnhof Süd, Führervorlage 1941

Neugestaltung Wien — Donauachse und Zentralbahnhof Süd, Führervorlage 1941

nen fast nichts, weil das liebe Geld nicht mitgespielt hat. Aber heute, EXPO-Innovationsschübe und so. Da wird dann zum Beispiel an ein Bankenzentrum im Bereich der Lasallestraße gedacht. Neben IBM (gerade in Bau) soll ein neues Z-Hauptquartier entstehen und die Giro-Zentrale würde gerne in den Bereich des

Mexicoplatzes. Weitere werden wohl bis 1995 folgen. — Ein Handels-(Banken-)zentrum in der Leopoldstadt!

Und noch eines ist interessant an diesen über 40 Jahre alten Plänen: „Bei der Marienbrücke sei auch der Ausgangspunkt für die optische Verknüpfung zwischen Wienerwald und Praterau. Von diesem Punkt aus (...) erlebe man alles, was Wien ausmacht: den Wienerwald, das Wasser, den Stephansdom und die Praterau.“

Und wie heißt es im Leitprogramm zur EXPO: „Bei der künftigen Behandlung dieses Straßenraumes ist daher in erster Linie auf die Gestaltung der diesen Raum begrenzenden Schauseite, auf die Freihaltung wichtiger stadträumlicher Sichtbeziehungen (Stephansturm — Uno-City) (...) zu sorgen.“

Die EXPO erscheint somit als eine weitere Planung für das jahrhundert alte Projekt „Wien an die Donau (die Donau an Wien)“ — allerdings sieht es ganz so aus, als könnte dieses Projekt erstmals gelingen. Wobei, wie bei jeder bisherigen Planung, die Menschen, die im Weg stehen/wohnen, von den Planern als Verschubmasse betrachtet werden.

Des weiteren ist es vollkommen unerheblich, ob letztlich eine Weltausstellung stattfindet oder nicht. Denn es ist ja nicht so, daß für eine Expo gebaut wird, sondern so, daß die EXPO für eine Bebauung stattfindet. Die EXPO ist nur die „Träger-rakete“, um das Projekt schneller durchziehen zu können. Durchgezogen wird es auf jeden Fall. In diesem Sinne ist auch die „Volksabstimmung“ nicht viel mehr, als eine große Verarschung. Zitat Mayr: Der Aushub sei „kein Startschuß für die EXPO“, sondern eine „Baureifmachung“ für „die EXPO oder eine andere Nutzung“.

Anschlagserklärung:

WIR HABEN KEINE ANGST ZU KÄMPFEN, DENN DIE FREIHEIT IST UNSER ZIEL!

„Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte, und ist daher als Person zu betrachten. Sklaverei oder Leibeigenschaft, und die Ausübung einer sich darauf beziehenden Macht wird in diesen Ländern nicht gestattet.“

(Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, „Anlage des kaiserlichen Patents vom 1. Juni 1811“)

Die AKTION DENKEN und HANDELN zeichnet für den brennenden Sklavenmarkt „Contact“, 20., Brigittenauer Lände 36, verantwortlich.

Im Zuge eines immer rascheren Zurückschraubens schwer erkämpfter Rechte der ArbeiterInnen wurde auch der Sklavenhandel



durch sogenannte „Personalverleih-Firmen“ nicht abgeschafft, sondern durch Legalisierung gefördert.

In sozialpartnerschaftlicher Demut beugen sich damit nicht nur Sozialministerium und Arbeiterkammer, sondern auch der ÖGB vor dem Diktat der Bundeswirtschaftskammer.

Wir nicht.

Es gibt allen Grund, die Regierung zu fürchten, auch wenn sie die Zivildienstkommission abschafft!

Ab der nächsten Nummer ist das TATblatt gratis, liebe LeserInnen. Nur mehr jene, die es im Abo, im Handverkauf oder bei einer unserer Verkaufsstellen erwerben, müssen dafür 10 Schilling zahlen. In etwa das ist es wohl, was Löschnak und Faßlabend kurz vor Ostern um Beifall heischend verkündet haben. Die Zivildienstkommission soll abgeschafft werden. Im konkreten Fall dürfte dies eher eine gefährliche Drohung sein, als ein Geschenk.

(TATblatt Wien)

Nichts genaues weiß mensch nicht! Nicht wann, nicht wie die Zivildienstkommission abgeschafft wird; und schon gar nicht, wodurch sie ersetzt werden soll.

Den ministeriellen Beifallsheischern war nur wenig Information zu entlocken:

- Der Regel-Zivildienst soll nach dem Wegfall der 'Gewissensprüfung' zehn Monate dauern. Nur Zivildienstleistende, die unter besonders 'harten Bedingungen ihre Pflicht erfüllen' müssen, können schon nach acht Monaten nach Hause gehen.

- Um herauszufinden, welche Zivildienner vom Zuweisungsbescheid in Zukunft besonders hart getroffen werden sollen, wird die Liste der Zivildienststellen "durchforstet" (Löschnak) werden.

- Anerkannte Zivildienner werden in Zukunft von bestimmten Berufszweigen ausgeschlossen sein. Als Beispiel wurde unter anderem die Zollwache genannt. Jedenfalls aber ist es für Minister Faßlabend nicht vorstellbar, daß ein Zivildienner nach Ableistung seiner Dienstzeit irgendetwas mit Waffen zu tun hat.

Zivildienstkommission: was kommt danach?

Oberflächlich betrachtet erzeugten die beiden Minister mit ihrer Stellungnahme das Bild einer rosigen Zukunft: nach Erhalt des Einberufungsbefehls muß Mann nur dem Militärkommando per Brief bekannt geben, daß Mann beabsichtige, Zivildienst zu leisten; und damit wäre die Sache geritzt. Die Verlängerung des Zivildienstes, im Minister-Neudeutsch 'Lastenausgleich' genannt, wäre nur der Preis der freien Wahl der Dienstform.

Einem genaueren Blick hält das Bild nicht stand.

Die 'neuen' Vorschläge zur Abschaffung der Gewissensprüfung sind ein alter Hut: Schon vor Jahren hat der Sprecher des Milizverbandes der Abschaffung zugestimmt, wenn nur die Dauer des Zivildienstes "spürbar" verlängert werde. Und die ÖVP konterte im Sommer 1989 dem "Bundesheerlight"-Papier der SPÖ, daß auch sie sich von der Kommission trennen, Zivildienner zukünftig in einem Verwaltungsverfahren anerkennen lassen wolle.

Diese 'Vorschläge' scheinen sich mit den Vorstellungen von Löschnak und Faßlabend zu decken.

Verwaltungsverfahren

Die Argumente der ÖVP sind rechtspolitisch gut untermauert. Schon in den erläuternden Bemerkungen des noch gültigen ZDG (Zivildienstgesetzes) wird behauptet, daß die Anerkennung als Zivildienner von der "Glaubhaftmachung schwerwiegender Gewissensgründe" vor der Kommission abhängen müsse, weil der Zivildienst ansonsten den Charakter einer Zwangsarbeit annehmen würde (irgendwo sind die nicht dumm, was?). Letzterer Fall widerspräche Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), die zwar Zwangsdienste militärischen Charakters erlaubt, die Möglichkeit der Ableistung eines Ersatzdienstes aber an das Vorhandensein "schwerwiegender Gewissensgründe" bindet.

Wenn dieser Standpunkt 1974 (bei Einführung des ZDG) richtig war, so kann er heute nicht falsch sein, denn die EMRK hat sich in der Zwischenzeit nicht verändert. Wenn die Kommission nun abgeschafft wird, dann müssen — folgt mensch der Logik der Herrschenden — die "Gewissensgründe" eines potentiellen Zivildienners eben auf andere Art überprüft werden. Am besten in einem 'objektiven Verfahren', dessen Ergebnis auch vor Höchstgerichten bekämpft werden kann (Die Beurteilung einer Person durch die Kommission kann nicht vor VfGH oder VwGH bekämpft werden; siehe unten).

In diesem Zusammenhang bekommt Punkt drei der ministeriellen 'Vorschläge' Gewicht: Wenn nämlich anerkannten Zivildiennern zukünftig die Berufslaufbahn bestimmter Zweige des öffentlichen Dienstes verschlossen bleiben soll, so heißt dies ja umgekehrt, daß Angehörige dieser Berufsgruppen von der Möglichkeit, Zivildienst zu leisten, ausgeschlossen bleiben werden. Der Grund: Wer einen Dienst mit Waffe versieht, kann sich wohl kaum auf "schwere Gewissensgründe" berufen, die ihn am Dienst im Heer hindern würden.

Und damit wäre die Aufgabe des von der ÖVP geforderten Anerkennungsverfahrens bereits umrissen: In diesem Verfahren soll geprüft werden, ob im Falle eines potentiellen Zivildienners 'objektive Ausschlussgründe' vorliegen, die das Vorhandensein von Gewissensgründen — wie der Name schon sagt — ausschließen lassen.

Ausschlussgründe

Was alles als Ausschlussgrund wird herhalten müssen, kann Dank der Offenheit der beiden Minister nur errahnt werden. Ganz sicher werden es aber auch jene Gründe sein, die bisher schon die Anerkennung als Zivildienner verunmöglichten: Z.B. Vorstrafen, Besitz eines Waffenpaßes, usw....

Hinzukommen dürfte — siehe Eingangs erwähnte Faßlabend-Äußerung — aber auch noch ein Katalog neuer 'objektiver' Gründe: So ist doch zu erwarten, daß die Herrschenden dem Arbeiter einer Waffenfabrik die Gewissensgründe absprechen werden; und ebenso dem Taxler, der sich eine Waffe zugelegt hat; Oder Menschen, die auf Demonstrationen gesichtet wurden, bei denen ein Kiberer vielleicht sein Kapperl verloren hat....

Um die Dehnbarkeit solcher 'objektiver' Ausschlussgründe zu illustrieren, sei auf die BRD verwiesen, in der ein Verwaltungsverfahren zur Anerkennung der Zivildienner bereits installiert ist: Als Ausschlussgrund wurde u.a. die politische Tätigkeit in einem El Salvador-Solidaritätskomitee angesehen, da diese ja Solidarität mit einer Gruppe einschließt, die Waffengewalt anwendet (nämlich die FMLN).

Beschränkungen.....

Auch 1974 standen die Politiker vor dem Problem, daß es um den Wehrwillen ihrer Untertanen nicht allzugut bestellt war. Um ein massenhaftes Verweigern des militärischen Kriegsdienstes zu verhindern, wurde daher bei Einführung des Zivildienstgesetzes eine Möglichkeit gesucht, die Zahl der anerkannten Zivildienner willkürlich festsetzen zu können.

Die Zivildienstkommission ward geboren; und zwar als Instrument herrschender Willkür:

- Ihre Entscheidungen waren von Höchstgerichten de facto nicht überprüfbar, da ein Gericht sich kein Urteil über den "subjektiven persönlichen Gesamteindruck" anmaßen kann, den die Kommissionsmitglieder von einem Antragsteller gewonnen haben wollen.

- Und gerade dadurch wurde der "persönliche Gesamteindruck" der Kommissionsmitglieder zum Mittel willkürlicher Festsetzung von Obergrenzen für die Zahl anerkannter Zivildienner. Eine solche Zahl ist zwar niemals öffentlich bekannt gewor-

den, aber geben muß es sie: Wie anders wäre zu erklären, daß die Zahl der jährlich anerkannten Zivildienner sich über ein Jahrzehnt hinweg praktisch nicht verändert hat; und wie, daß sie gerade jetzt, wo 'geburtenschwache' Jahrgänge wehrpflichtig geworden sind, unaufhörlich sinkt, obwohl laut Meinungsumfragen weit weniger als 50% der Jugendlichen den Dienst im Bundesheer für sinnvoll halten?

Aber nicht nur aus der Praxis, auch aus den erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage des ZDG 1974 kann mensch die Sorgen der 'Landesväter' herauslesen: Wäre die Wahl zwischen Zivildienst und militärischem Kriegsdienst eine freie, so wäre "die planmäßige Ergänzung des Bundesheeres" unmöglich, "da unter solchen Umständen die jeweils dem Bundesheer zur Verfügung stehende Zahl Wehrpflichtiger im Voraus weder berechnet noch geschätzt werden könnte." Es würde daher "die Grundlage für jegliche militärische Planung in organisatorischer und operativer Hinsicht fehlen."

Alternativer Kriegsdienst

Neben der Möglichkeit, die Zahl der Zivildienner durch Zulassungsbeschränkungen niedrig zu halten, setzte die Regierung daher schon ab 1974 darauf, den Zivildienst so

unattraktiv wie möglich zu machen. Kurz nach in Kraft treten des ZDG gab sich Österreich eine neue Verteidigungsdoktrin: Auf den Spuren von Mao, Ho Tsching und Che (nicht der von der AKIN) sollte Österreich 'umfassend' landesverteidigt (ULV) werden (alles lacht), was auch immer das heißt....

Was es heißt, wurde spätestens 1984 klar, als der Zivildienst zu einem Teil der zivilen Landesverteidigung im Rahmen der ULV erklärt wurde. In der Umgebung von Kufstein stürmten Soldaten in einer Übung ein Kraftwerk, stellten sich heroisch dem Feind in den Weg, und wurden schließlich, wohl weil alles nichts gefruchtet hat, von Zivildiennern vom Feld getragen, und wieder zusammengeflücht.

Der Zivildienst ist vom Alternativdienst zum Alternativen Kriegsdienst geworden. Im Einsatzfall müssen Zivildienner an der Front und im Hinterland jene Voraussetzungen schaffen, die die Militärs zum Kriegspielen brauchen. Das nötige Wissen wird den Zivildiennern in eigenen Kursen vermittelt (eher: soll werden; die Praxis ist zugegebenerweise recht peinlich).

Gleichzeitig mit der Eingliederung des ZD in die ULV wurden die Zivildienststräger-Organisationen erstmals durchforstet. Der Durchforstung fielen nicht nur die ZD-Stellen bei Bahn und Post zum Opfer (de-

nen kaum wer nachweinte), sondern auch ZD-Stellen im Bereichen wie Bildungsarbeit o.ä..

Praktisch alle Freiräume, in denen wirklich so etwas wie ein "Alternativdienst" geleistet werden konnte, waren nun aufgelassen worden.

Wenn Löschnak nun eine neuerliche Durchforstung der Zivildienststellen ankündigt, kann also nur mit dem Schlimmsten gerechnet werden.

Letztlich...

...kann der Versuch, das Zivildienstgesetz zu ändern, nur einen weiteren Schritt der Verschärfung und Militarisierung des Zivildienstes darstellen. Die Abschaffung der Kommission wird andere — mindestens ebenso rigide — Selektionsformen nach sich ziehen. Das heißt, daß auch in Zukunft Menschen am Zugang zum Zivildienst gehindert werden und folglich gezwungen sein werden, den Kriegsdienst im Heer zu verweigern.

Zivildienst raus aus der ULV !!!
Freier Zugang zum Zivildienst !!!
Kein "Sozialdienst für Frauen" !!!
Bundesheer abschaffen !!!

Verweigert jeden Dienst am Krieg!

Ich kann doch nicht auf Jugoslawen schießen!

(Helmut F.)

Helmut F. ist 21 Jahre alt und professioneller Bücherwurm (was'n das? Wohl wieder so eine neue Umschreibung für Arbeitsscheu). Am 2. April 1991 hätte er einrücken sollen, aber er wollte nicht. Aber das kann er eigentlich alles selbst erzählen.....

Helmut F.

An das
Militärkommando Wien
Wien, 18.4.1991

Betrifft: Ersuchen um Entlassung aus dem Präsenzdienst.

Vor etwa vier Monaten wurde mir ein Einberufungsbefehl für den 2. April 1991 zugestellt. Da ich aber nicht bereit und in der Lage bin, Waffengewalt gegen Menschen auszuüben oder auch nur mich darauf vorzubereiten, habe ich mich, insbesondere unter dem Eindruck der diskutierten Ausweitung des Militäreinsatzes auch auf das Grenzgebiet zu Jugoslawien, entschlossen, jeden militärischen Dienst zu verweigern. Ich war auch nicht bereit, den Zivildienst im Rahmen der ULV abzuleisten da, ich darin einen militärischen Hilfsdienst sehe.

Ich bin nicht bereit, bei der Verfolgung der Ärmsten und Allerärmsten, sei es durch Waffengewalt, Internierung, Abweisung oder "Rückstellung" ins Heimatland mitzumachen.

Seit dem 2. April hat sich mein Leben grundsätzlich verändert. Ich verfüge über kein Einkommen, mußte aus Furcht vor der Verfolgung durch das Militär meine Wohnung verlassen, stehe also, etwas pathetisch formuliert, vor dem absoluten Nichts.

In dieser Situation habe ich meine Einstellung gegenüber dem Zivildienst insofern verändert, als ich ihn als Bestandteil der ULV zwar immer noch ablehne, nunmehr aber angesichts der zu erwarteten jahrelangen Konfrontation bereit bin, als anerkannter Zivildienner auch den Zivildienst abzuleisten.

Wie Sie wissen, kann ich nach herrschender Rechtsmeinung zur Zeit keinen rechtsgültigen Zivildienstantrag einbringen. Da aber diese Rechtsmeinung im Widerspruch zum verfassungsrechtlich verankerten Grundrecht auf Verweigerung des Wehrdienstes steht, habe ich dennoch mit gleicher Post auch einen Zivildienstantrag gestellt.

Es ist wie Sie wissen, herrschende Praxis, daß "außerhalb der Frist" gestellte Zivildienstanträge erst nach Entlassung aus dem Bundesheer behandelt werden.

Ich stelle hiermit daher den

ANTRAG

mich aus öffentlichem Interesse aus dem Bundesheer zu entlassen. Ein öffentliches Interesse besteht darin, daß es nicht im öffentlichen Interesse der Republik Österreich liegen kann, Menschen, die bereit sind unter Anerkennung ihrer Gewissensent-

scheidung geltendes österreichisches Recht zu beachten, existenzvernichtender Verfolgung auszusetzen.

Das Argument, ich hätte mich eventuell einer unter Strafe gestellten Handlungsweise bedient, kann öffentliches Interesse an meiner Nichtentlassung nicht begründen, da dieses öffentliche Interesse (nämlich das an einer eventuellen Bestrafung meiner Person nach dem MilStG.) nur im Rahmen eines Gerichtsverfahrens erörtert werden kann, dem ich mich selbstverständlich nicht entziehen würde.

Da ich bei der Ableistung eines Dienstes mit der Waffe in schwere Gewissensnot geraten würde, die Annahme der Waffe und sonstiger militärischer Utensilien oder die Befolgung militärischer Befehle verweigern müßte und damit in einen psychisch und physisch existenzgefährdenden Kreislauf der Kriminalisierung geraten würde, liegen besonders rücksichtswürdige Umstände nach 36 Abs.6 Z.1 Wehrg. vor, die zu meiner Entlassung aus dem Präsenzdienst führen müssen.

Ich ersuche daher, meinem Antrag so rasch wie möglich stattzugeben. Dies wäre umso notwendiger, als das Militärkommando Wien gesetzwidrigerweise den bevorstehenden Besuch eines Weiterbildungskurses nicht als Aufschubgrund anerkannt hat.

Ich verlange gem. 18 Abs.7 AVG die Zusendung einer Ausfertigung der Erledigung meines Antrags.

Mit freundlichen Grüßen ●

Zwei Monate wegen Aegidi-Demo

(dankend aus AKIN)

Wieder einmal Florianigasse. Prozeß gegen Mike wegen einer Aegidi-Demo im November 1988, wo er eine Sylvesterrakete gegen einen Polizeikordon abgefeuert haben soll. "Nur vier Leute, mehr erlaubt der Richter nicht," empfängt uns etwa 25 Zuhörwillige eine 3 Mann starke Polizeiwache vor dem euphemistisch als Saal titulierten Kammerl. Und drinnen tönt auch schon vollmundig Richter Albert Erhard: "Nur vier Leute, stehen tut bei mir niemand!" Denn zwei der vier Sitzplätze sind schon von Beamten belegt. Was bei Verhandlungen im Landesgericht Wien ganz normal ist und unter "Recht auf Öffentlichkeit" läuft — wenn mensch nicht gerade Udo Proksch heißt.

Mike hat die letzten drei Wochen wegen "Fluchtgefahr" in Untersuchungshaft gebracht, weil das Gericht dem Angeklagten seine Ladung zuzustellen nicht in der Lage war. Weil Mike doch wissen mußte, daß etwas gegen ihn im Laufen sei, fragt der Richter ihn: "Gibt's an Grund, warum sie net einfach beim Gericht vorbeig'schaut ham?" Wieviel Vorstellungskraft muß mensch eigentlich aufbringen können, um

am Landesgericht RichterIn werden zu dürfen?

Für den Prozeßverlauf ist das aber egal. Mike gibt, nachdem mensch ihm bereits früher einen Stapofilm gezeigt hatte, in dem er eindeutig zu identifizieren ist, zu, die Rakete abgeschossen zu haben. Der Staatsanwalt will ihn wegen versuchtem Widerstand gegen die Staatsgewalt (§269 StGB), Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (§89) und versuchter schwerer Körperverletzung (§84) "eintunken". Mike bleibt aber dabei, daß er die Rakete einfach nur aus Protest gegen eine Verhaftung in die Luft geworfen habe, ohne sie gegen jemensch zu richten. Es folgt ein mühseliges Beweisaufnahmeverfahren. Zeuge Zander (jaja, genau der) kann sich nur mehr daran erinnern, daß die Kundgebung eine "lauten Charakter" gehabt habe. Gesehen habe er selber nichts. Und die Beamten, die angeblich von der Rakete getroffen worden waren, konnten nicht ausgeforscht werden, obwohl doch gewissenhaft ermittelt wurde, sagt Zander. Inspektor Ebner will gesehen haben, wie der Angeklagte die Rakete "in der Jackentasche" gezündet und sie dann "waagrecht auf die Kollegen gerichtet" hätte. Der Staatsan-

walt: "Hat er jetzt mit der Rakete getroffen oder nicht?" Auch Zeuge Ebner kann darauf keine Antwort geben. Die nächste Viertel Stunde gehört einem der beiden Sachverständigen. Er erklärt uns Länge mal Breite die "wundballistische Wirkung" einer solchen Rakete. Da die genauen Umstände vor Gericht aber nicht eindeutig geklärt werden konnten, bleibt auch er die Antwort auf die Frage nach der Gefährlichkeit der Tat schuldig. Auch daß der flache Winkel, mit dem die Rakete durch die Luft flog, von Mike so gewollt war, ist nicht hundertprozentig zu verifizieren.

Der Staatsanwalt plädiert auf seinen Tisch gestützt in so gebeugter Haltung, daß mensch beinahe glauben könnte, die Last seines Amtes würde ihn zu Boden drücken. Er unterstellt, Mike habe mit der Rakete auf die Beamten gezielt, es seien damit alle drei Vorwürfe gerechtfertigt.

Mikes Verteidiger meint, daß es nicht möglich gewesen wäre, eine Amtshandlung zu vereiteln und er (Mike) daher nur das mit geringerer Strafe bedrohte Delikt des tätlichen Angriffs auf einen Beamten (§270) anstatt Widerstand verübt haben könne. Da laut Sachverständigen kaum wirklich Verletzungsgefahr bestanden hätte, wären auch das Tatbild der schweren Körperverletzung und der Gefährdung nicht gegeben.

Der Richter hat da seine eigene Version. Es war weder Widerstand noch ein tätlicher Angriff; diesbezüglich sei der Angeklagte im Zweifel freizusprechen. Jedoch sei bei der Anwesenheit von so vielen Menschen und der Streuwirkung einer solchen Rakete, sowohl die Gefährdung als auch die versuchte Körperverletzung gegeben. Schwer war sie ja schon deswegen, weil sie sich gegen Beante richtete und Beamte sind im Strafrecht ja immer noch gleichere Menschen.

"Leider hat sich der Angeklagte in der Zwischenzeit nicht wohlverhalten", klingt es aus Richtermund. So wird Mike unter Bedachtnahme auf seine Vorstrafen wegen einer Kleinigkeit zu 2 Monaten verurteilt. Unbedingt, "um eine abschreckende Wirkung zu erzielen". Daneben werden ihm auch noch die nicht unerheblichen Verfahrenskosten angelastet.

Da er in der Zwischenzeit sowieso nicht mehr auf freien Fuß käme, nimmt er das Urteil an. Der Staatsanwalt ebenfalls. Die erlittene Vorhaft wird der Strafe nicht angerechnet, da er in dieser Zeit einen Teil alter Geldstrafen abgesessen hat.

Er muß die zwei Monate voll absitzen — und das, obwohl in diesem Prozeß eigentlich gar nichts wirklich geklärt werden konnte. Richter Erhard mußte sich entscheiden, ob er für den Angeklagten tief ins Schmalzfass greifen sollte, oder ob er ihn im Zweifel freispricht. Er wählte einen nicht gerade goldenen Mittelweg: In dubio 2 Monate. ●

Berufungsverfahren gegen Georg W.

Viele Seiten schon haben Berichte über das Gerichtsverfahren gegen Georg W. im TATblatt gefüllt. Allein 3 Seiten konnten nach der erstinstanzlichen Verhandlung im November mit bemerkenswerten 'Ungereimtheiten' aus Anzeige, Verfahren und Urteil gefüllt werden. WelcheN das also interessiert, sei auf TATblatt minus 59 verwiesen.

(TATblatt Wien)

Also ganz kurz: Georg soll im Verlauf der Demonstration gegen den Opernball 1990 ein Loch in einer Billa-Auslagenscheibe vergrößert, aus dem Laden drei Bierdosen 'gestohlen', und sich schließlich gegen seine Festnahme gewehrt haben. Einbruchsdiebstahl, Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt wollte ihm die Staatsanwaltschaft anhängen. Sie hat auch angehängt: In der ersten Instanz wurde Georg zu 10 Monaten Haft verurteilt; drei davon unbedingt.

Gegen das Urteil hat Georg berufen, und so stand er dieser Tage wieder vor Gericht. Besondere Vorkommnisse waren nicht zu vermerken.

Die Zahl der ProzeßzuseherInnen scheint mit der steigenden Größe des Verhandlungssaales abzunehmen (Reziprozitätsprinzip). Statt der möglichen 200 kamen nur etwa 20.

Der Richtersanat wirkte desinteressiert, und war es wohl auch.

Ein einvernommener (Ex-)Polizist kann sich immer nur an das erinnern, was ihm als Polizistenaussage vorgehalten wird.

Die Staatsanwaltschaft hat nichts zu melden.

Die Verteidigung geht sehr ausführlich auf die Widersprüchlichkeiten im Ersturteil ein (siehe TATblatt minus 59), erreicht aber schließlich nur wenig: Statt wie ursprünglich 7 Monate bedingt und 3 Monate unbedingt sind's 'nur mehr' 7 Monate bedingt, damit Georg nicht noch für 11 Tage in den Häfen muß (er war über zweieinhalb Monate in U-Haft).

Widersprüche, etwa jener zwischen den Polizisten, die meinen, den 'Einbruch' samt Täter mit rot-schwarzer Fahne gesehen zu haben, und denen, die Georg mit einer roten Fahne festverprügelt und -genommen haben, irritieren den Richtersanat nicht: "Man kennt das ja aus anderen Fällen, daß sich Zeugen nicht an Details erinnern können. Wesentlich ist, daß er von den Zeugen erkannt worden ist."

Für welche der sich gegenseitig ausschließenden Polizeiaussagen sich der Richtersanat nun entschieden hat, wurde nicht bekanntgegeben.....Details sind nicht wesentlich! ●

Graz:

Das Autonome Frauenzentrum gibts nicht mehr

Das seit 19.03. besetzte ehemalige Tierspital in Graz gibts nicht mehr. Am Donnerstag, den 19.04., morgens kamen die Bauarbeiter und begannen mit dem Abbruch. Die Frauen hatten Mühe, ihr Hab und Gut in Sicherheit zu bringen, der ausgemachte 1-stündige Aufschub wurde von den Arbeitern nicht eingehalten. Um 10.30 Uhr kamen die Bagger. Innerhalb von 4 Stunden wurde aus dem Haus ein Schutthaufen.

Folgender Artikel wurde bereits vor dem Abriß geschrieben. Wir hoffen, in der nächsten Nummer eine genauere Information zum Abbruch und die Ereignisse drumherum bringen zu können.

(Autonomes Frauenzentrum Graz)

Am letzten Freitag wurde das etwas miese Kabarett (Räumungsklage Land Steiermark gegen eine einzelne Frau von uns) fort- bzw. zu Ende geführt — Urteil erfolgt schriftlich und die Neugierde steigt.

Die Verhandlung sollte zuerst im Haus stattfinden., was kurzfristig auf einen Lokalaugenschein korrigiert wurde (war angeblich ein Tippfehler....). Da wir auf jeden Fall verhindern wollten, daß der Richter (keine Männer und überhaupt) unser Frauenzentrum betritt, hatten wir gleichzeitig eine Kundgebung angemeldet. Aus IHRER Verhandlung sollte UNSERE Aktion werden. Als der Richter dann uns buntbemalete, zum Teil verkleidete Frauen sah und sich ungeachtet seines trotzigsten Protestes ("ich ruf die Polizei") auch noch unsere Protesterklärung anhören mußte, war seine Nervosität (ach, wie peinlich...) nicht mehr zu verbergen.

Fortsetzung der Farce, die IHR Recht sein sollte, war wieder im Zivilgericht. Eintritt für uns — erst nach längerem Streit mit

den Stapos, die die Tür zum Verhandlungsraum versperrten — nur abgeschnitten. Schön zu sehen, wie leicht frau sie verwirren kann!

Es folgte die ZeugInneneinvernahme, bei der immer klarer wurde, daß sich die Trennung zwischen BesetzerInnen und "nur" SympathisantInnen nicht durchziehen lasse. Die Grenzen zwischen "drinnen & draußen" verwischen immer mehr, während nach wie vor Einzelfrauen angeklagt werden.

Wie's weitergeht ist noch nicht ganz klar — aber WIR MACHEN WEITER! Nächste Woche soll's einen Termin beim Krainer geben, außerdem bis Ende April einen "Runden Tisch" mit PolitikerInnen von Stadt & Land. Und natürlich Cafe, Quatschen, viele Veranstaltungen, Aktionen... (wie ein Grillfest, Disco und nicht vergessen: 30.4. Walpurgisnacht demo!)

WIR HAB'N EIN HAUS -
DA GEMMA NET MEHR RAUS!



Erklärung:

Besetzen ist SUPA!

Solidarität mit dem am 19. 3. besetzten Haus in Graz!

Wir haben am 20. 3. das Haus Andreasgasse 6 in Wien 7 scheinbesetzt, und Transparente mit obigen Sprüchen rausgehängt, weil wir die Besetzung in Graz supa finden.

Frauen gegen den faulen Frieden

PROZESSERKLÄRUNG:

Die Frauen vom besetzten Haus stellen fest:

DER WEG ÜBER EINE GERICHTLICHE KLAGE — VORALLEM SOLANGE VERHANDLUNGSBEREITSCHFT BESTEHT — IST KEINE ANGEMESSENE FORM VON KONFLIKTLÖSUNG: Wir haben dieses Haus aus politischen Gründen besetzt. Ihre Antwort darauf: Sie beginnen einen Gerichtsprozeß gegen uns als Reaktion auf eine politische Initiative. Ihr Prinzip der "Gerechtigkeit" beruht auf Gewaltentrennung. Die Reaktion auf das Autonome Frauenzentrum zeigt wieder einmal deutlich das organisierte Zusammenspiel von Politik, Polizei und Justiz. Zitat aus der Klageschrift: "Nachdem durch die Polizei keine Schritte zur Räumung eingeleitet werden, sieht sich das Land Steiermark gezwungen, gerichtliche Schritte einzuleiten" Zitat Ende. Gerichtliche Schritte eingeleitet, obwohl noch politische Verhandlungen laufen, obwohl vom LR Kläuser keine gerichtliche Verfolgung zugesichert wurde.

Dieser politische Akt wird von ihnen auf eine gerichtliche Ebene abgeschoben. Einzelne Frauen werden beklagt, kriminalisiert und finanziell unter Druck gesetzt. Ist das legal, die Frauen 2 Tage (!) vor dem Verhandlungstermin überhaupt erst davon zu verständigen, daß Klage gegen sie geführt wird ??

Wir sehen dies als eine Strategie an, die ohnehin in dieser patriarchalen Gesellschaft praktiziert wird: Vereinzelung, Isolierung, Kriminalisierung, Existenzbedrohung, um politisches Denken und Handeln zu beugen.

Wir lassen uns nicht zermürben. Gemeinsam sind wir stark.

DIESES RECHT IST NICHT UNSER RECHT ! Männer haben dieses Recht geschrieben, Männer führen es aus. Damit schützen SIE ihre Interessen, dadurch untermauern SIE das gewaltsame Patriarchat.

Das besetzte Haus ist unser Haus. Hurra! Das Land Steiermark — wer ist das ? WIR — ist Besitzerin des Hauses, d.h. gehört allen. Die Landesregierung erhebt nun als Privatklägerin Anspruch auf dieses öffentliche Eigentum, obwohl sie es nun seit über 10 Jahren leerstehen und verwahrlosen ließ. Sie betreiben hier Spekulation mit Volkeigentum.

Ihre Justiz wird uns heute hier verurteilen. Das heißt aber nicht, daß wir unser Haus verlassen werden. Wir kämpfen um unsere Freiräume. Frauenräume dürfen nicht nur Frauenräume bleiben.

**GEMEINSAM RADIKAL ANTI-PATRIARCHAL
AUTONOMES FRAUENZENTRUM BLEIBT !**

Wir sind Frauen, Lesben, wir sind viele, wir haben die Schnauze voll! ●

Ein Freispruch

(AKIN, tja?!)

Im vergangenen Jahr fand eine Kundgebung gegen den Bezirksvorsteher (des 6. Wr. Bezirks, Anm.) Pint statt, der sich im Falle der Errichtung einer Hilfsstelle für Tablettenkranke (Ganslwirt, Anm.) entleiben wollte. Bei dieser wirren Veranstaltung traten auch drei Führungskräfte der Volkstreuen AußerParlamentarischen Opposition (VAPO), einer rechtsradikalen Organisation, auf. Nämlich Gilbert Link, Reinhard Kovar und Kurt Hofinger, die Flugblätter mit dem Titel "Ein Herz für Inländer" verteilten, und im

Anschluß (sic!) auf den Loquaiplatz entwichen, wo sie allerdings von einigen Leuten vertrimmt wurden. Einer entkam, rief die auf der Veranstaltung ebenfalls anwesende Polizei. Die genannten Herren *identifizierten* Wolfgang P., einen bekannten linken Aktivisten, und mit ihm zusammen einen Türken, sowie einen 17-jährigen Jugoslawen.

Die rechten Kaderleute wurden am selben Tag und auch später von der österreichischen Exekutive vernommen, und *bei dieser Gelegenheit übermittelte ihnen die Polizei, und dies steht in den Protokollen vermerkt, Na-*

men und Adressen der Inkriminierten, wie uns explizit mitgeteilt wurde!

Ich weiß nicht, ob bei einer türkischen Gerichtsverhandlung als Zeugen aufgerufene Graue Wölfe (türk. Faschisten, Anm.) sich derart benehmen dürfen, aber im Februar war der erste Termin, bei dem zwar der Zeuge Hofinger gleich gar nicht erschien, aber Gilbert Link im Zeugenstand die Belangen mit dem Umbringen bedrohte. Wortlaut: "Du Sau, di dawisch i aa no, di krieg ma no!"

In der vergangenen Woche war der 2. Prozeßtermin. Den Belästigten und Verdächtigten gelang es mit Hilfe von Fotomaterial und Zeitungsausschnitten (...) ein präzises politisches Profil des Gegners zu zeichnen und sämtlichen Verdacht auszuräumen. Unter anderem wurde Bildmaterial aus dem AZ-Archiv vorgelegt, das die Irving-Veranstaltung und die rechtsradikale Provokation vor dem (besetzten) Kirchweiger-Haus, die beinahe in eine polizeiliche Räumung mündete, dokumentiert.

Es konnte eindeutig geklärt werden, daß die drei einer rechtsradikalen Gruppe angehören, daß es sich um bereits bekannte und berüchtigte Rechtsradikale handelt, daß sie sich abgesprochen hatten, wie auch, daß die Belästigten (die Angeklagten, Anm.) bei der Schlägerei überhaupt nicht anwesend waren, sondern an ei-

nem Ort, der davon etwa zweihundert Meter entfernt war.

Die Aussagen der Nazis waren von faselnder Widersprüchlichkeit geprägt. Einerseits wurde behauptet, sie hätten gesehen wie Wolfgang P. zugeschlagen hätte; Hofinger sagte beim vorwöchentlichen Termin: er habe (hätte) gesehen, daß alle drei bei diesem Rollkommando dabeigewesen seien (wären), aber er habe nicht gesehen, daß sie schlugen. (NU was denn? Akin-Red.) Bei der Gegenüberstellung wurde nur Wolfgang P. "erkannt", die anderen beiden wurden nicht wiedererkannt. (Sonderbar, daß rechte Schläger einen 17-jährigen Ausländer, der sie attackiert haben soll, nicht wiedererkennen! Akin-Red.)

Gegenüber dieser erdrückenden Fülle von Kontraindizien mußte der Bezirksanwalt die Anwendung des Grundsatzes: "Im Zweifelsfalle für den Angeklagten" fordern, und die Belästigten wurden mit der Begründung, die Belastungszeugen seien extrem unglaubwürdig, **freigesprochen**.

Kräftiger Optimismus sprüht aus den Worten eines der unschuldig Freigesprochenen, und er meint: "Politisch heißt das, wenn man sich aggressiv verteidigt, porco Dio, daß man dann durchaus eine Chance hat, weil man die Glaubwürdigkeit erschüttern kann." ●

Kommen die Rechten?

In jüngster Zeit wurden zwei kommunalpolitische Veranstaltungen von Rechtsradikalen gestört, die mobilisierten, um dort ausländereInnenfeindliche Propaganda zu machen: Am 15. 4. eine BürgerInnenversammlung im 10. Wiener Bezirk, am 16. 4. eine Podiumsdiskussion bei einem internationalen Symposium im Wappensaal des Wiener Rathauses.

(A. B.)

Von der letztgenannten Veranstaltung kann ich als Augenzeugin berichten: Die Tagung drehte sich um "Die Bürger und ihre Stadt", wobei die Beispiele von direkter Demokratie und BürgerInnenbeteiligung aus der Schweiz und aus Deutschland die hier kämpfenden BürgerInnen neidisch werden ließen. Eine Volksbefragung, wie die in Wien Mitte Mai zu Staufstufe und EXPO würde anderswo so ablaufen: Die Diskussionsphase für die Bevölkerung beträgt mindestens ein Achtel der Planungszeit. BürgerInnen, die sich mit dem Projekt auseinandersetzen, bekommen ein eigenes Etat, um sich darzustellen (EXPO 2000 Hannover: 5 Mio für Aufklärung durch die BürgerInnen!) (doch: Wie werden die vergeben? Anm. d. Tipperin), Hochglanzfolder mit Paßbildern von ParteipolitikerInnen sind verpönt; es wird nicht über ja oder nein abgestimmt, ohne das Projekt zu diskutieren, sondern es werden (auch in Ausstellungen, die durch die Bezirke wandern) mehrere Planungsvarianten, auch die Null-Variante, dargestellt. Wenn die Bevölkerung ausreichend informiert ist (Pro- und Kontra-Argumente!), dann wird abgestimmt.

Bei der Abschlusßdiskussion wollten kritische BürgerInnen eigentlich von der regierenden SPÖ konkrete Zusagen auf Beteiligung an Änderungen der Landesverfassung (wo auch die direkte Demokratie geregelt ist) verlangen. Doch es kam etwas anders, denn es meldeten sich sofort etliche ältere Männer zu Wort, von denen der erste nach et-

was umständlicher Einleitung auf die AusländerInnen zu schimpfen begann und von Überfremdung sprach. Einige der anwesenden BürgerInnen und Grünalternativen riefen, er solle schweigen, wir wollten keine ausländereInnenfeindlichen Parolen hören, und dann "Nazis raus!". Die KritikerInnen der SPÖ mußten diese Partei auffordern, sich ihrer antifaschistischen Tradition zu erinnern (was dann auch geschah)! Einer der Referenten schaffte es dann, den Provokateuren den Wind aus den Segeln zu nehmen, woraufhin sie einer nach dem anderen den Saal verließen. Einer derer, die sich darüber entsetzten, sprach mit einem Staatspolizisten, der meinte, die ANR (Aktion Neue Rechte; Anm.) hätte die Einladung zu dieser Veranstaltung verschickt.

Während engagierte BürgerInnen, die beispielsweise einen Film über Müllvermeidung zeigen, dabei von mehreren Herren der Staatsschützer besucht werden, können organisierte Rechtsradikale ungehindert ins Rathaus! Während die SPÖ gegen Initiativen und Grünalternativen polemisiert, ignoriert sie rechte Tendenzen! Kritische BürgerInnen, die innerhalb der Demokratie Veränderungen wollen, werden bekämpft, während die dumpfen Demokratiefeinde geduldet werden!

Da diese beiden Fälle sicher keine Seltenheit sind, habt ein Auge auf größere BürgerInnenversammlungen in eurem Bezirk! Sprecht mit den Einladenden, nehmt FreundInnen mit und versaut den Rechten ihren Auftritt! ●

Schickelgruber's Geburtstag: Antifa-Demo am 20.4. in Wien

(ein Antifa)

Die Vorzeichen der Demo waren äußerst schlecht. Die Vorbereitungen wurden von nur einigen Gruppen getragen, Plakate sah mensch erst am 19.4. vereinzelt in Wien, und viele Gruppen wurden von der Demo erst gar nicht informiert. Am Anfang war es auch eine typische österreichische Demo (d.h. etwa 70 TeilnehmerInnen), bis plötzlich einige hundert Jugendliche von verschiedenen AusländerInnengruppen zur Demo stießen. Und die brachten Power in die Sache. Die Bullen und wir waren ziemlich überrascht. Die Demo wurde laut und sehr schnell, es herrschte ein angenehmes Durcheinander zwischen allen DemoteilnehmerInnen. Während des Demozuges (im 1. Bezirk) schlossen sich viele Leute spontan an und wir wurden mehr und mehr. Als der Zug am Donnerbrunnen vorbeikam, wurden auf diesem (? d'Korr.) etwa 30 Skins gesichtet. Sofort stürmten wir hin, den Bullen gelang es aber, Ketten zu bilden und so die Skins zu schützen. Doch ortskundige Antifas wußten natürlich, wie mensch noch zum Donnerbrunnen kommt, und viele liefen los um die Skins von einer anderen Seite her zu schnappen. Aber den Bullen und einigen unmitilanten DemonstrantInnen gelang es, die Skins durch stärkere Ketten und Gewaltverzichtsauftrufe (typisch österreichische Gemütlichkeit) zu schützen. Die Skins hauten dann auch rasch ab, und der Zug ging weiter, noch lauter und schneller, und immer wieder kamen Leute zu uns. Kurz nachdem der Endpunkt der Demo erreicht war, wurden viele "sicher" zur U-Bahn gebracht und während der Fahrten begleitet.

Ich würde mir wünschen, öfters mit den verschiedenen AusländerInnengruppen zusammenzuarbeiten. ●

Auf die Bäume ... “Grünoasen“-Besetzung in Wien-Hetzendorf

Seit Dienstag nach Ostern sind die ehemaligen Kleingärten Egelsee (Wien 12) besetzt, um sie vor den Baggerzähnen zu retten. Nach den Plänen der Stadtväter soll die Grünfläche einer Volksschule weichen.

Folgender Artikel ist aus den spärlichen Informationen zusammengestellt, die wir haben. Folglich ist er relativ oberflächlich und möglicherweise im Detail nicht ganz richtig. Weil wir es aber dennoch wichtig finden, darüber zu berichten, daß es Widerstand gibt (wenn es ihn schon mal gibt), wollen wir ihn bringen und erwarten für die nächste Nummer einen fundierten Beitrag von der BürgerInneninitiative selbst.

(TATblatt-Wien)

25 Jahre lang hat es die Stadt Wien prächtigst verstanden, die vorhandene

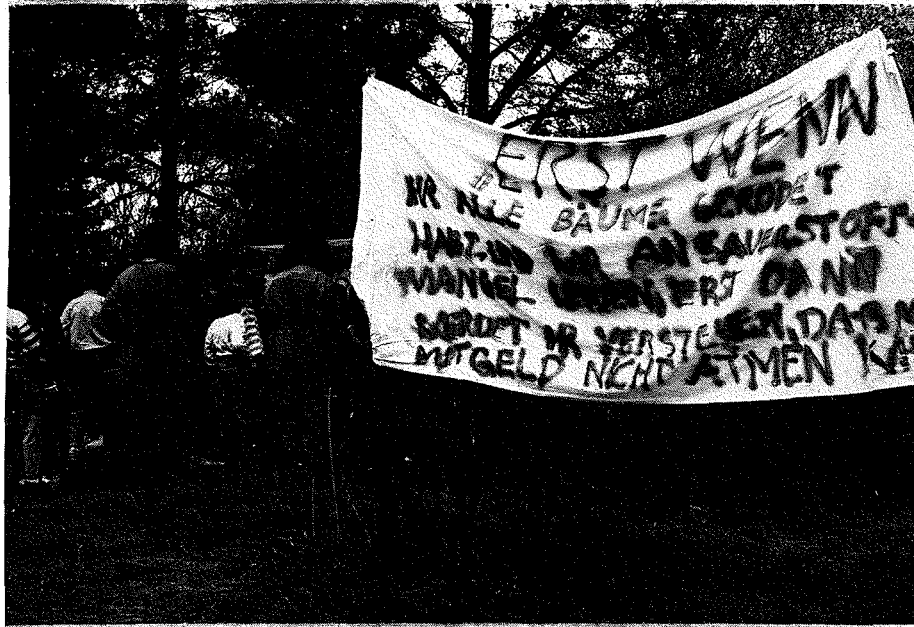
Stattdessen wurden vor drei Jahren die PächterInnen der Kleingärten Egelsee abgesiedelt. Die besten möglichen Schulstandorte, darunter ein gemeindeeigener

und blitzschnell lösen sich die “Illegalen” in Luft auf. Doch auch der Direktor der Hauptschule greift zu originellen Mitteln: Er erstattete Anzeige gegen die Eltern eines Schülers, die ihrem Sohn eine Entschuldigung geschrieben hatten, daß er leider nicht zur Schule gehen könne, da er an einer Demonstration teilnehmen müsse. Der “Verstoß gegen die Schulpflicht” sollte 2.336,10 öS kosten — doch der “Herr Direktor” ließ noch einmal Gnade vor Recht ergehen, zog die Anzeige zurück und begnügte sich vorerst mit einer “Aufklärung” der Eltern über die Schulpflicht.

Der Rest der BesetzerInnen setzt sich aus sich Urlaub nehmenden Männern und Frauen, aus Müttern und Vätern mit Kleinkindern, SeniorInnen, StudentInnen, ... — schlichtweg alles, was so kreucht und fleucht, zusammen.

Während die Besetzung läuft, wird auch versucht, auf rechtlchem Wege etwas zu erreichen: Beim Verfassungsgerichtshof ist bereits eine Klage wegen der Umwidmung der Gärten eingebracht.

Auch in diesen soll sich einiges ändern: Die BesetzerInnen wollen demnächst eine “Entrümpelung” der Gärten von all dem Ramsch, der sich in den vergangenen 3 Jahren dort angesammelt hat, starten und einen Teil des Geländes für ältere und gehbehinderte Menschen leichter zugänglich machen. Von dem grünen Fleckchen sollen alle profitieren können. Ein Besuch lohnt sich! (Überhaupt jetzt im Frühling!) •



Volksschule in Hetzendorf verkommen zu lassen. Eine notwendige Sanierung und die bereits geplante Erweiterung wurden nie in Angriff genommen. Die Folgen waren absehbar: Heute ist das Gebäude in einem desolaten Zustand und droht noch dazu aus den Nähten zu platzen; einige Klassen wurden inzwischen in der Hauptschule angesiedelt, der es jedoch ebenfalls an Platz mangelt. Kein Wunder also, daß der Elternverein auf einen Schulneubau drängt. Und der soll nun, nach dem Willen der Gemeinde, just auf dem letzten Fleckchen Grün in Hetzendorf entstehen.

Nicht so allerdings, wenn es nach der BürgerInneninitiative “Rettet Hetzendorf” geht. Seit 3 Jahren versucht sie mit allen erdenklichen Mitteln, den Grünraum zu erhalten: Unterschriften wurden gesammelt, BürgerInnenversammlungen durchgesetzt, Gutachten eingeholt, Alternativvorschläge erarbeitet und natürlich geredet, geredet, geredet. Die Gemeinde ignoriert, erteilt die Baubewilligung und los geht’s! Oder doch nicht? Denn so leicht lassen sie sich nicht abwimmeln, die BürgerInnen, und setzen den Schritt in die Illegalität: Besetzt!

Bereits 1985 wurden von Bezirk und Gemeinde fünf andere Schulstandorte ausgewählt und Ankaufverhandlungen angeordnet. Verhandelt wurde allerdings nie.

Grund, gingen inzwischen an die Baugiganten Kallinger und Mischek. Doch die BI konnte noch einen weiteren (6.) möglichen Standort auftreiben, der noch zum Verkauf bereit steht. Außerdem wäre immer noch die Sanierung der bestehenden Volksschule möglich und sogar billiger, als ein Neubau (65 Mio öS im Vergleich zu mehr als 100 Mio öS).

Die “BesetzerInnen-szene” ist ausgesprochen gemischt: Die SchülerInnen der benachbarten Hauptschule erweisen sich als die hartnäckigsten. Bei Räumungsgefahr wird einfach Schule geschwärzt (endlich einmal hautnahe politische Bildung), ansonsten kommt jede Pause ein ganzer Schwarm ange- rannt, um zu schauen, ob “eh noch alles in Ordnung” ist. Das Warnsystem funktioniert ebenfalls gut: Droht Gefahr, daß einE LehrerIn vorbeischaute, kommt schnell einE MelderIn daher



Kein Ende der Sauereien ohne Ende Trauerspiel — Siebenter Akt

Die Räumungsgefahr für die BewohnerInnen der ArbeiterInnenhäuser in Leobersdorf ist nach wie vor nicht gebannt. Im Gegenteil: Der Vertreter der Landesregierung Niederösterreich glänzt durch menschenverachtende Bemerkungen.

(Mieter-Interessens-Gemeinschaft)

Am 26. März fand in Leobersdorf neuerlich eine Demonstration statt. Ziel war es, für die von der Obdachlosigkeit und der Abschiebung in ihre Herkunftsländer bedrohten BewohnerInnen des mit einem Abbruchbescheid belegten Hauses in der Süd-bahnstraße 45 - 47 eine akzeptable Lösung zu bewirken. Einzig konkretes Ergebnis war die zwischen VertreterInnen der Mieter-Interessens-Gemeinschaft Österreichs und Bürgermeister Heiden getroffene Vereinbarung an den Beauftragten der Niederösterreichischen Landesregierung, Zaussinger, heranzutreten, damit dieser einen Krisenarbeitskreis einberufe.

Obwohl die beschränkte Erfolgsaussicht durchaus bewußt war, übertrifft die penetrante Arroganz des Umgangs mit diesem Ansinnen die schlimmsten Befürchtungen. Ob Bürgermeister Heiden seiner schriftlich protokollierten Zusage, an Zaussinger heranzutreten, nachgekommen ist, kann nicht festgestellt werden. Er ist jedenfalls unserem Ersuchen, uns über seine Bemühungen auf dem Laufenden zu halten, nicht nachgekommen.

Das menschenverachtende Auftreten der Behörden im Fall Leobersdorf wurde abervon Herrn Zaussinger, seines Zeichens Mitglied der Hofratsgilde der Niederösterreichischen Landesregierung, gekrönt. Nachdem er sich zu einer Beantwortung unseres Ersuchens nicht herabgelassen hatte, erklärte er auf telefonische Anfrage in einer Diktion, zu der sich Kommentare fast erübrigen, daß er den gewünschten Arbeitskreis nicht einberufen werde. Es gäbe einen solchen bereits seit einiger Zeit. Gebildet werde er von Bürgermeister Heiden, Bezirkshauptmann Wanzenböck und von ihm selbst. Der Arbeitskreis sei damit beschäftigt Wohnungen zu finden. Wenn das Ergebnis dieses Stabes als Maßstab für ihre Bemühungen herangezogen wird, stellt sich die Frage, was die Herren bei ihren Sitzungen machen. Wohnung haben sie jedenfalls noch keine einzige bereitstellen können. Hofrat Zaussinger ist anscheinend in der

glücklichen Lage, nicht nach Erfolgen bezahlt zu werden. Wäre dies der Fall, könnte er sich seine eigene Wohnung wohl nicht mehr leisten, was wenigstens eine freie Wohnung schaffen würde.

Weitere Schmankerln Zaussingers:

Er findet es unverantwortlich, daß die Väter ihre Familien in dem Haus leben lassen. Er würde dies seinen Kindern und sich selbst nicht zumuten, da er nach zwei Wochen schwer krank wäre. Aber die BewohnerInnen halt aus anderem Holz geschnitten (so fremdländisch halt — oder ? Anm. d. Schreiberlings)

Die einzig zielführende Lösungsmöglichkeit sieht er darin, professionelle Maklerbüros mit der Wohnungssuche zu beauftragen. Mit den Kosten könne man die Hauseigentümer aber nicht belasten. Über die Finanzierung sollte sich die Mieter-Interessens-Gemeinschaft den Kopf zerbrechen. Die Umkehrung der Verschuldensfrage beherrscht Herr Zaussinger — wie schon bei der oben genannten Verantwortung der Väter — blendend. Nicht die Täter sollen die Suppe auslöffeln sondern die Betroffenen.

Er habe so viele Protestschreiben und Anliegen von Bürgern am Tisch liegen, daß er sich nicht mit jedem Ansinnen beschäftigen könne. Ansonsten würden alle wichtigen Anliegen unbeantwortet bleiben. Möglicherweise meint der Herr Hofrat damit die Eröffnung des Bierzelts in Bad Scheißklappersdorf.

Da Hofrat Zaussinger den Fall Leobersdorf anscheinend nicht als wichtig erachtet, sollte er seine konspirativen Treffen mit Bürgermeister Heiden und dem Bezirkshauptmann einsparen, damit er Zeit findet, stattdessen ein Komitee einzuberufen, das im Gegensatz zu ihm Lösungsmöglichkeiten für die Betroffenen sieht.

Die sture und arrogante Haltung der Niederösterreichischen Landesregierung löst bei uns jedenfalls Gefühle des Übelseins aus. ●

Arbeitsmarktpolitische Betreuung für ausländische Frauen von Schließung bedroht!

Die weitere Finanzierung der einzigen Beratungsstelle speziell für ausländische Frauen wurde von Sozialminister Hesoun nicht mehr bewilligt.

(Dachverband der Bildungs- und Beratungseinrichtungen für ausländische Frauen)

Seit über einem Jahr gibt es in Wien eine arbeitsmarktpolitische Betreuungseinrichtung für ausländische Frauen. Träger dieser Beratungsstelle ist der Dachverband der Bildungs- und Beratungseinrichtungen für ausländische Frauen. Drei Mitarbeiterinnen betreuen zur Zeit Frauen aus der Türkei, Jugoslawien und dem Iran in deren Muttersprache. Beratungsinhalte sind arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Probleme, wie z.B. Erlangung einer Beschäftigungsbewilligung oder eines Befreiungsscheines, Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung, Kündigungsschutz, Mutterschutz, etc. Frauen, die sich beruflich qualifizieren wollen, werden beraten und in Kursmaßnahmen der zuständigen Arbeitsämter vermittelt. Weiters bietet die Beratungsstelle Übersetzungshilfe und Unterstützung im Umgang mit Behörden an.

Arbeitsmigrantinnen sind am österreichischen Arbeitsmarkt ganz besonders benachteiligt. Sie sind vorwiegend in jenen Branchen beschäftigt, die sich durch einen hohen Frauen- und AusländerInnenanteil auszeichnen. Aufgrund des hohen Anteils ausländischer Frauen am Arbeitsmarkt einerseits und deren vielschichtigen Belastungen durch Beruf, Sprachschwierigkeiten, Isolation, Familie und Wohnungsnot andererseits, ist die Aufrechterhaltung der arbeitsmarktpolitischen Betreuungseinrichtung für diese Zielgruppe ganz besonders notwendig.

Trotz zahlreicher Interventionen seitens diverser Fraueneinrichtungen lehnt Hesoun die Unterzeichnung der Finanzierungsbewilligung ab. Bis Juni wird die Beratungsstelle durch das Landesarbeitsamt Wien zwischenfinanziert — was danach passieren wird, steht in den Sternen. ●

bezahlte Anzeige



Wir haben's geschafft! (Uff!)
Seit Anfang des Jahres sitzt der papierTIGER auf seiner neuen Adresse und freut sich schon auf Dein Kommen. Damit Du recht bald kommst, hat er eine kleine Überraschung: Ein Notizbuch mit 200 Seiten. Gratis. Dieses Inserat ist Dein Gutschein.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Häuserkampf / Häuserkrampf

Während in Berlin sich mittlerweile viele der besetzten Häuser an den Verhandlungstisch setzen, ist die Hamburger Hafenstraße wieder verstärkt von einer Räumung bedroht. Für Anfang Mai wird zu europaweiten Aktionstagen aufgerufen.

(TATblatt Wien)

Berlin:

Als im November letzten Jahres die Mainzer-Straße im Ostberliner Bezirk Friedrichshain mit einem Riesenaufgebot von Polizei und BGS geräumt wurde, da sorgten die Bilder vom beherzten Widerstand der BewohnerInnen für Aufregung und Hoffnung zugleich. "1 Million Sachschaden für jedes geräumte Haus" wurde versprochen, und vergleiche zu einer breiten HausbesetzerInnen - Bewegung (!) Anfang der 80iger Jahre wurden hörbar. Bis heute kann aber von einer Bewegung keine Rede sein. Von den im Vorjahr noch 120 besetzten Häusern ist nur mehr wenig zu hören. Aktionen finden nur aus dem engeren BesetzerInnen - Umfeld heraus statt, allgemein wird über mangelnde Solidarisierung der autonomen Bewegung geklagt. Seit Jänner finden Sonntagsspaziergänge durch Friedrichshain statt, die zur Vermittlung von Besetzungen gegenüber der ansässigen Bevölkerung dienen sollen. Regelmäßig kommt es zu üblen Provokationen durch die Polizei, mehr als 200 Personen nehmen mittlerweile nicht mehr daran Teil.

Der überwiegende Teil der Häuser in Ostberlin zieht es mittlerweile vor, über Verhandlungen mit den diversen zuständigen Wohnbaugesellschaften zu Mietverträgen zu kommen. Nebst allen möglichen Schikanen und Ausgrenzungen werden prinzipiell nur Einzelmietverträge für einzelne Wohnungen vergeben. Eine tiefgreifende Spaltung zwischen Verhandlungswilligen und -verweigerInnen hat damit schon stattgefunden. Ende Jänner löste sich der BesetzerInnenrat auf, der bis dahin einen großen Teil der Häuser in den Verhandlungen mit den Regierenden vertreten hat. Eine Wiederbelebung desselben scheiterte an mangelnder Beteiligung.

Schon zu Beginn Dezember '90 wurde das vorletzte besetzte Haus im Westteil geräumt, im Ostteil wird die "Berliner Linie" durchgezogen. Damit beantwortet der Senat jede Neubesetzung mit sofortigem Polizeieinsatz. Davon unbeeindruckt

werden die Mieten in Ostberlin bis um das 8-fache ansteigen ...

Hamburg:

Mit Hilfe der Medien und einer ganzen Reihe von Paragraphen wird auch weiter gegen die Hamburger Hafenstraße gehetzt. Das LG Hamburg hat mittlerweile entschieden, daß eine Räumung aufgrund der Kündigung des Pachtvertrages nicht möglich ist, sondern Einzelurteile gegen jeden MieterIn nötig sind. Das würde den juristischen Weg zur Räumung zwar erheblich verkomplizieren, vor allem da viele BewohnerInnen nicht namentlich bekannt sind, schon aber werden die Stimmen laut, die einer gewaltsamen Räumung aufgrund des Polizeirechts (SOG) bei "polizeilicher Gefahrenlage" den Vorzug geben. Der Hamburger Innensenator bemerkte öffentlich, eine mietrechtliche Räumung dauere ihm

zu lange.

Daß den Hamburger Regierenden vor einer gewaltsamen Eskalation nicht Bange ist, zeigen u.a. die provokanten Hausdurchsuchungen nach § 129a und der RAF-Vorfeld-Medienhetze am 15. Mai 1990, und die Räumung der hafennahen Bauwagensiedlung ein Jahr zuvor. Inzwischen weiß sogar das Hamburger Abendblatt davon, daß eine bewußte Eskalation der Bauwagenräumung bis zur Erstürmung der Hafen-Häuser vom Senat gebilligt war. Der Sprengmeister stand bereit, um die Häuser ehestmöglich zu zerstören.

Europaweite Aktionstage am 10./11. Mai 1991 — Gegen den imperialistischen Frieden

Indes wird europaweit zur Räumung von autonomen Freiräumen geblasen. Die europäischen Innenminister haben auf einer TREVI-Konferenz vereinbart, alle besetzten Häuser und Zentren bis 1992 räumen zu lassen. Um diesem geballten Angriff etwas entgegenzusetzen wird zu einer Vernetzung autonomer Zentren und gemeinsamen Aktionstagen aufgerufen.

"Imperialistischer 'Frieden' heißt hier in Europa, in den hochindustrialisierten Ländern, wo die Zentralen der großen Banken und Konzerne sind, daß das gesamte gesellschaftliche Leben der Logik des Profits, der Geld-Ware-Beziehung untergeordnet ist.

(...)

Die Besetzung von Häusern und selbstbestimmten Zentren ist eine unserer Antworten auf die Verknappung und Spekulation mit Wohnraum, die permanente Verteuerung von Mieten.

Wir nehmen uns das, was wir brauchen.

Zum anderen geht es uns dabei um den Aufbau von Lebenszusammenhängen, in denen wir soziale und menschliche Strukturen und Werte, eine andere Kultur außerhalb der Geld-Ware-Beziehung aufbauen können. Unsere Suche nach einem neuen sozialen Sinn hat auch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung.

(...)*



Kein imperialistischer Normalzustand!

Ende März dieses Jahres beanschlagte "Thomas Münzers Wilde Horde" das Gebäude der Treuhandgesellschaft in Rostberlin. U.a. wurde dabei das Zimmer eines quasi 'Volksanwaltes' schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Bulle-wart-Presse erklärte die "Wilde Horde" sofort zur Stasi-Seilschaft. Ähnlich verfuhr sie mit der RAF. Aus heiterem Himmel tauchten Beweise für angeblich in der DDR abgehaltene Trainingslager auf, die aber von der Bundesanwaltschaft bis heute nicht veröffentlicht werden konnten. Ziel der Unterstellungen war (auch) die Kanalisierung des in der ehemaligen DDR aufkeimenden Widerstandes gegen BRD- und Treuhandpolitik. Kohl und Co. gaben sich wohl

der Hoffnung hin, daß der Haß der Menschen in der DDR auf die ex-Stasi und die ex-DDR-"Kommunisten" größer sein würde als die Wut über die BRD-Besatzungspolitik. Ob die Rechnung aufgeht, bleibt vorerst unbeantwortet. Wir dokumentieren aber im Folgenden zwei Erklärungen der "Wilden Horde" zum Treuhandanschlag sowie einen Brief des Gefangenen aus der RAF, Christian Klar, zu den angeblichen Trainingslagern in der DDR. Die RAF-Erklärung zum plötzlichen Tod des Treuhandchefs Rohwedder sprengt den vorhandenen Raum. Sie wird nächstesmal nachgeschoben. Welche das bis dahin zu lang ist, kann sie gegen zehn Öschis bei uns bestellen (Kopierkosten und Porto).

TREUHANDANSTALT

Niederlassung Berlin

Schneestockchenstraße 26
O-Berlin 1055

Telefon: 43 40
Telefax: 434 26 22

Berlin, den 2.4.91

Die erste Erklärung

"Sie haben dem Volk die Stimme geraubt und haben an seiner statt das Geld zum Herrgott gesetzt." (Thomas Münzer)

DIE TREUHAND — sie ist die neue Supermacht schlechthin, nach der Annexion der DDR. Rohwedder, der eigentliche Herrscher des Ostens, hat sich um die Interessen des westdeutschen Großkapitals — Deutsche Bank, Bayer, VEB, Thyssen, Siemens und wie sie alle heißen — verdient gemacht. Er hat die DDR-Industrie und Landwirtschaft im Auftrage der Herrn aus Bonn kaputtanisieren lassen: 'Abwickeln', wie es in der Amtssprache des Finanzminister Waigel heißt. Derselben Sprache und derselben Worte bedienen sich die Nazis, um das jüdische Kapital zu 'arisieren'. Damals in persona ihres heutigen Ehrenvorsitzenden Herman J. Abs, wie heute durch ihr Vorstandsmitglied van Hoven, ist die Deutsche Bank federführend an den miesen Geschäften beteiligt. Eckhardt van Hoven kümmert sich besonders um die Zerschlagung der Wertindustrie an der Ostseeküste. Um keine neue unliebsame Konkurrenz für die Werften aus der alten BRD aufkommen zu lassen, an denen die Deutsche Bank Beteiligungen hat, werden durch van Hoven mehrere zehntausend ArbeiterInnen 'rausgeschmissen'.

Das ist nur ein Beispiel für die 'Arbeit' der Treuhand. Das westdeutsche Kapital hat kein Interesse an mehr Produktionskapazitäten, deshalb ist der eigentliche Auftrag der Superbehörde Treuhand, soviel wie möglich kaputtzuschlagen. Wir wollten dem nicht tatenlos zusehen und

haben der Berliner Zweigstelle der Treuhand einen feurigen Besuch abgestattet. Wir haben die Zimmer der Abteilung für Finanzen, Wirtschaft und Recht in Brand gesetzt. Zuvor haben wir etliche Akten und Disketten mitgehen lassen, um mal genauer zu sehen, in welche Hände tatsächlich die vielen Milliarden aus Bonn fließen und wer dadurch geschmiert wird oder sich 'saniert'.

Die im realen Sozialismus auch nur auf dem Papier volkseigenen Betriebe sollten endlich in des Volkes, der ArbeiterInnen Hände übergehen. Sie sollen allein entscheiden, was sie mit den Sanierungsmilliarden machen. Schließlich sind es ArbeiterInnen, die die Profite der Kapitalisten und die Steuereinnahmen der Staatsbürokratie erwirtschaften. Ihnen gehört die Kohle, ihnen gehören die Häuser und Ländereien!

"Es ist nicht möglich, daß ein Mensch bei dieser Tyrannei noch Nachdenken kommt. Ganz Deutschland schuftet, damit einige Herren prassen können. Die Leute wachen auf. Sie wollen keine Ochsen sein, die einen Prunkkarren ziehen." (Thomas Münzer)

Berlin, 29.3.91
Thomas Münzer's Wilder Haufen

Die zweite Erklärung:

Nachdem wir uns von unserem nächtlichen Ausflug erholt haben, die Medien auf uns wirken ließen und das mitgenommene Material gesichtet haben, melden wir uns wieder zu Wort:

Wir sind weder die Stasi noch Wirtschaftskriminelle oder deren HelferInnen. Daß wir vom Osten (bzw. jetzt vom Stasi) bezahlt werden, hören wir schon seit Jahrzehnten. Uns war aus revolutionärer Sicht (die gibts tatsächlich noch) daran gelegen, die Arbeit des Superkonzerns Treuhand ein wenig zu sabotieren und einige Machenschaften aufzudecken.

Deswegen suchten wir auch die Abteilungszimmer samt Vorzimmer von 'Wirtschaft, Recht und Finanzen' auf. Das 4. Zimmer, das Zimmer des Vertrauensbevollmächtigten, war lediglich mit dem Namen gekennzeichnet. Es war uns entgangen, daß dieser Name der des Richters a.D. war, der die Bürgerbeschwerden entgegennehmen soll.

Wir haben das Material aus diesem Zimmer der Wochenzeitung "die andere" zukommen lassen, damit der 'Stasi-Fahnder' ebenfalls einer öffentlichen Kontrolle unterliegt.

Der Gemeinde Schollene haben wir Unterlagen über die Übertragung ihres Gemeindeeigentums zugeschickt. Wir wollen nicht, daß der Gemeinde Gelände für die allgemeine Nutzung vorenthalten wird.

Der Millionenbetrug des Geschäftsführers des Treuhandunternehmens HVG interessiert uns relativ wenig angesichts des Betruges der BRD-Regierung samt ihrer Treuhand an den zu Lohnarbeit gezwungenen Menschen.

Mit Freuden sehen wir den nächsten Wochen entgegen, wo wir unser Material mit den Bekanntmachungen der Treuhand abgleichen werden können.

Mit revolutionären Grüßen

Thomas Münzers Wilder Haufen

Erklärung von Christian Klar (Gefangener aus der RAF) zum Vorwurf der Zusammenarbeit mit DDR-Geheimdiensten

Bruchsal, am 30.3.1991

Die von der Bundesanwaltschaft (BAW) und einem ex-MfS-Mann (Ministerium für Staatssicherheit der DDR) behauptete, also eine die Aktionen gegen die Air Base Ramstein und gegen den US-General Kroesen vorbereitende militärische Übung oder Ausbildung in der DDR hat es nicht gegeben. Da war nichts!

Aber wunderbar, wäre es denn tatsächlich so gewesen, dann hätte z.B. das Kommando nicht mit der RPG in der Gegend der Schwarzwald-Hochstraße üben müssen — wie dann im Spätsommer '81 geschehen. Wer diesen TouristInnenfreilauf und den Bums der Waffe kennt, kann sich das eingegangene Risiko und den Aufwand an Absicherung vorstellen.

Abgesehen davon, daß es ein neuer Anlauf der anti-RAF-Propaganda werden soll ('5. Kolonne u.ä.), und das ja wieder an einem ganz und gar untauglichen Punkt, fällt zum Kalkül der knalligen BAW-Geschichte natürlich sofort ein, wie die Manipulation von (teilweise wirklichen) Fakten das Streben des westdeutschen, heute großdeutschen Staatsschutz befördert, uneingeschränkt an die bisher noch nicht greifbaren Akten über die ex-DDR-Bevölkerung ranzukommen — Menschen, denen die Erfahrung der Härte einer imperialistischen Staatsschutzmaschine erst noch bevorsteht.

Christian Klar

Christian Klar

englands erste kolonie

(1. TEIL)

seit 800 jahren sind die 6 counties (die 6 grafschaften der nord-östlichen provinz ulster) von england besetzt. der name "nord-irland" wird meist von der protestantischen bevölkerung verwendet, die die macht in den 6 counties mit dem englischen system ausübt. die protestantische bevölkerung ist fast ausschließlich unionistisch¹, loyalistisch¹ und sektiererisch³.

"nordirland" — eigentlich ulster, aber 3 katholisch dominierte grafschaften wurden bei der teilung irlands 1921 von den 6 restlichen grafschaften ulsters getrennt, um eine künstlich geschaffene protestantische vorherrschaft zu garantieren — ist ein "dritt-welt land" mitten in europa.

irland liegt zwar in europa, aber an dessen peripherie. geographisch, wie der "hautfarbe" nach ist es teil der westlichen welt.



entwicklungshistorisch und der form und des inhalts der auseinandersetzung nach ist es aber teil des trikonts.

nach der teilung konnte durch die direkte einbindung der 6 counties eine gesamtiirische unabhängigkeit von england verhindert werden. die 6 counties waren immer nur ein ökonomisches anhängsel englands. aber auch eire (republik irland) wickelt 50% des außenhandels mit england ab. irland wird also trotz entkolonialisierung eires weiterhin durch england beherrscht. die protestantische mehrheit in den 6 counties muß die engländer hinter ihrem rücken wissen, um die anti-katholischen apartheidstrukturen — gegen den widerstand der katholikInnen — durchsetzen zu können. die engländer brauchen noch einen stützpunkt in irland, um die wiedervereinigung mit eire zu verhindern, die auf der tagesordnung stünde, wenn die republikanischen kräfte den konflikt zu ihren gunsten entscheiden könnten. ein neutrales irland wäre eine geo-militärische gefahr für die nato. außerdem, müßten sie, wenn england die 6 counties in die völlige unabhängigkeit entließe, einen zerfall des königsreiches be-

fürchten — die anderen 2 "internen" kolonien, schottland und wales, die auch gegen den willen der ursprünglichen bevölkerung annektiert wurden, würden ihre kämpfe gegen das englische zentrum verstärken — und das vereinigte königreich wäre auf das englische territorium geschrumpft. die protestantischen apartheidstrukturen ließen sich in einem vereinigten irland nicht aufrechterhalten — es gäbe dann nämlich eine protestantische minderheit. eire hat bis zum hillsborough-abkommen 1985 am grundsatz der einbindung der 6 counties festgehalten. danach gab es keine intention mehr, sie tatsächlich anzustreben: es würde dann die bestbewaffnetste minderheit in w-europa (protestantisch) und die radikale republikanische bewegung (sinn fein⁴) ziemlich viele probleme für die irische regierung aufwerfen.

20 jahre englische besetzung bedeuteten mehr als 2700 tote, über 300.000 hausdurchsuchungen, über 2000 internierungen, tausende politische gefangene, ca. 51.000 verhaftungen zwecks oftmaliger mehrtägiger verhöre und folter, weiteren abbau der rechte und verschlechterung der sozialen situation. über die 6 counties wird in den internationalen medien nur berichtet, wenn die IRA einen anschlag in der größe von downing street dieses jahres

durchführt. die englische regierung hat kein interesse daran, daß über diesen anti-kolonialen befreiungskampf berichtet wird, deshalb unterliegen die medien einer strengen zensur. es ist also kein wunder, wenn weder in britannien noch im restlichen europa über den kampf gegen das protestantische siedler-regime (plantation⁵) nicht viel zu hören ist. in den 6 counties werden sogar gälische⁶ demos/kundgebungen für die gälische sprache — sprache ist politisch — zensuriert: im tv hören wir dann nur die reporterInnen ihre stellungen dazu äußern, die nicht unbedingt mit dem gesagten übereinstimmen. republikanische abgeordnete dürfen seit oktober 1988 nur mehr bei wahlen im rundfunk und tv im original-ton zu hören sein, sonst werden sie immer zensuriert. seit november 1988 müssen die abgeordneten einen anti-gewalt-schwur für den wahltritt ablegen — das ist vor allem gegen sinn fein gerichtet.

in einem katholischen viertel, die bevölkerung ist großteils republikanisch⁷, in w-belfast ist in den obersten stockwerken des 19-stöckigen hochhauses die armee stationiert, die das ganze viertel mit infrarotka-

meras kontrolliert. wenn jugendliche z.b. brennende reifen auf die strasse schleudern, gegen polizei (RUC⁸) oder militär (UDR⁹ oder englisches) sind innerhalb von wenigen sekunden ein/mehrere militärhubschrauber und militärfahrzeuge zur stelle. die bewegungsfreiheit ist somit schwer beschränkt.

stadtteilplanung

belfast ist fast ganz in katholische und protestantische viertel getrennt. von militärplanern ausgeheckt. es wurden kleinsiedlungen gebaut, deren küchen und vorzimmer gut zu beobachten sind. außerdem bieten sie keine möglichkeit, eine große anzahl demonstrierende/r aufzunehmen. die dächer werden in verschiedenen farben gestrichen, um den militärhubschraubern einen besseren überblick zu bieten. neue gebäude im katholischen teil, wenn überhaupt welche gebaut werden, werden mit so kleinen eingängen gebaut, daß sie leicht abzuriegeln sind. es gibt 23% überbelegte haushalte im katholischen teil west-belfasts, im restlichen 12,4%. freie wohnungen im katholischen west-belfast 1,7%, im restlichen 8,5%.

die "peacewall" ist eine mauer um ein katholisch/nationalistisches viertel belfasts, die mit eisentoren verschließbar ist: so ist es möglich, das ganze viertel hermetisch abzuriegeln.

die wahlbezirke werden so eingeteilt, daß, trotz katholischer mehrheit in einer stadt, es mehr protestantische als katholische stadträte gibt.

1968 kämpften die katholikInnen noch für "eine person — eine stimme", da es pro besitz eine stimme gab — die mehrheitlich protestantischen hausbesitzer hatten oft mehrere (teilweise bis zu 18) während katholikInnen keine stimmen hatten. heute hat nach langen kämpfen jede person eine stimme.

1985 lag die arbeitslosigkeit der katholische bevölkerung 4 mal so hoch, wie bei den protestantischen.

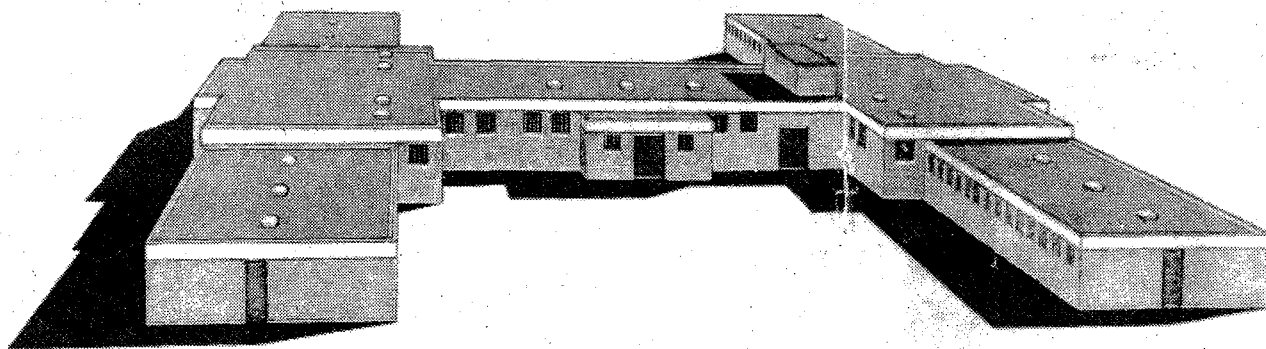
das ausbildungsgesetz von 1948 erlaubte erstmals katholischen menschen den zugang zu höheren bildungseinrichtungen.

irland hat die höchste pro kopf verschuldung der welt, und die höchste arbeitslosenrate west-europas: in einigen katholischen vierteln 50-85%.

die 6 counties haben das schnellste bevölkerungswachstum der westlichen welt.

sondergesetze EPA

die special powers act (nord-irisches ausnahmegesetz) von 1922 ermächtigte den innenminister ohne konsultierung des parlaments, alle "notwendigen maßnahmen zur aufrechterhaltung der ordnung" zu ergreifen: verhaften von verdächtigen, beschlagnahmung von eigentum, einschränkung der bewegungsfreiheit, auspeitschung (bis 1968) und internierung ohne prozeß



Einer der H-Blocks in Magilligan

(vorallem 1920/21, 1922-24, 1938-45, 1956-61, 1971/72).

nachdem 1971 die IRA¹⁰ den ersten soldaten erschoss, kam es am 9. august 1971 zum einsatz der "operation demetrius", um die IRA zu schwächen: nach reihen-haus-durchsuchungen wurden menschen aus ihren betten gezerrt, halbnackt auf die straße geprügelt und in armeerfahrzeugen weggebracht. 342 menschen wurden interniert, ohne haftbefehl und gerichtsurteil — darunter nur 2 protestanten. die wenigsten hatten tatsächlich etwas mit der IRA zu tun. es war ein "fehlschlag".

im september 1971 öffnete der ehemalige luftwaffenstützpunkt lon kesh als gefängnis. im märz 1972 gab es über 900 internierte.

1972 gewährte der damalige "nordirland"minister whitelaw (nomen est omen) den gefangenen politischen status, um den erstarkten widerstand seit der internierung einzudämmen. 1972 wurde auch das "nordirische" parlament (home rule) aufgehoben, daß seit der teilung 1922 exestierte, und die 6 counties unter englische direktverwaltung (direkt rule) gestellt.

1973 verabschiedete london das EPA (emergency provisions act — das alte ausnahmegesetz wurde nur modifiziert) anstelle des special powers act, welches nur in den 6 counties gültigkeit hat.

1974 wurde die PTA (prevention of terrorism act — wie EPA) auf die britische insel übertragen, vor allem gegen die dort lebenden 6 millionen irInnen (london: 1,5 mio).

bis 1975 verbrachten 2200 verdächtige über 3000 jahre ohne begründung und urteil in lagern (internierung). die internierungspolitik wurde dann aufgrund internationaler proteste und nachdem es einen aufstand in long kesh gab, bei dem die hütten in schutt und asche gelegt wurden, aufgegeben. danach ist long kesh zum sicherheitshefn ausgebaut worden, und england konnte somit auf die internierung verzichten.

die neu eingeführten — dezember 1972 — diplock courts haben nicht wie früher ein geschworenengericht, sondern nur mehr einen einzelrichter (aus der unionistischen verwaltung oder britischen armee), werden trotzdem anerkannt. die diplock-corts er-

setzen die internierung. 60% aller verhängten gefängnisstrafen beruhen auf politischen delikten. 80% der anklagen basieren auf in den ersten 7 tagen durch folter erpreßte aussagen bei der polizei (auch wenn sie vor gericht zurückgezogen wurden). die sondergesetze (EPA) kehren die beweislaster bei delikten mit waffenbesitz um, d.h. der/die angeklagte müssen ihre unschuld beweisen. es ist deshalb keine seltenheit, daß alle pkw-insaßInnen wegen einer waffe zu jeweils 10, 12 oder mehr jahren häfn verurteilt wurden. die verurteilungsrates liegt bei 94%.

von 1972 bis anfang 1976 durften sich die republikanischen hftlinge treffen, versammlungen abhalten und zivilkleider tragen. um die gefangenen zu disziplinieren, kamen sie bei guter führung nicht mehr erst nach 2/3 der abgessenen zeit heraus, sondern schon nach der hälfte.

da politische gefangene — in dem ausmaß — kein gutes bild für die englische regierung abgaben, und international der "terrorismus" als feindbild erhalten mußte, wurden seit 1.3.1976 alle nur mehr als kriminelle verurteilt.

die kronzeugenregelung (seit 1982) hat hunderte verdächtige hinter gitter gebracht. die IN-LA¹¹ wurde dadurch stark geschwächt, aber nicht wie oft behauptet, zerschlagen.

in den 6 counties gibt es ca. 700, in eire ungefähr 160 und in england ca. 60 republikanische gefangene in hochsicherheitshefn.

seit 1988 ist das

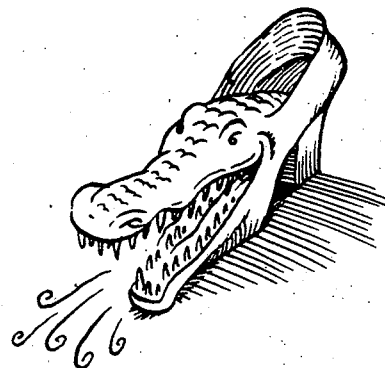
recht auf aussageverweigerung im zusammenhang mit dem "nordirischen" "terrorismus" aufgehoben. das heißt, das eine aussageverweigerung als schuldenerkennung vor gericht gewertet werden darf.

folter

da sich die folterungen in den verschiedenen ländern nicht besonders unterscheiden, nur ein paar wenige methoden:

schlagen, barfuß über glasscherben gehen, stundenlang auf den zehenspitzen stehen und mit einer engen kaputze drangsaliert werden, aus einem hubschrauber aus mit verbundenen augen wenige meter über dem boden nach geständnisverpressungsversuchen hinausgeworfen werden, sensorische deprivation¹², strip-search,...

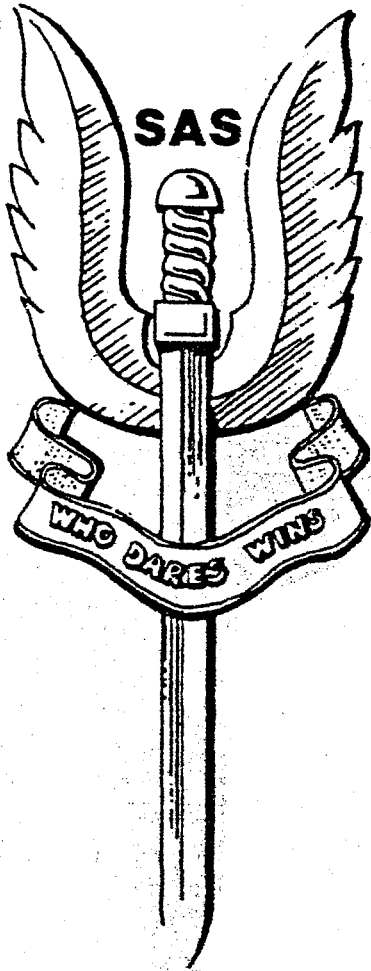
Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA
GehenSitztenLiegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 512 19 67



strip-search: auf deutsch: nacktuntersuchungen: frauen werden von männlichen wärtern gewaltsam ausgezogen und auf erniedrigste weise am ganzen körper durchsucht; z.b. mit spiegeln die körperöffnungen begafft. die strip-search wurde 1982 im frauengefängnis von armagh eingeführt (hochsicherheitstrakt). die britische regierung begründet ihr vorgehen mit der "allgemeinen sicherheit" und der "sicherheit der insaßinnen". seit der einföhrung wurden über 4000 strip-searches durchgeführt — auch an kranken, schwangeren und menstruierenden frauen — obwohl noch nie etwas gefunden wurde. es saßen aber höchstens 32 frauen, d.h. mehrere strip-searches an einem tag. "kriminelle" gefangene — nach englischem gesetz — müssen sich dieser tortur nicht unterwerfen.

gummi- und plastikgeschosse

in hongkong (englische kolonie) wurden in den 60-er jahren von der dortigen polizei 2 holgeschosse entwickelt, um den anti-kolonialen widerstand zu brechen: 1) 3 cm zylinder 2) 17 cm lang, 3 cm durchmesser mit metallkern.

für die 6 counties wurden "hauseigene" gummi- und plastikgeschosse entwickelt, die laut USA "weniger tödlich" laut britanien "harmlose waffen" sind. schauen wir uns diese "harmlosen waffen" einmal an:

in den 6 counties wurden 1971 16.000 gummigeschosse abgefeuert; 1972 23.000 plastikgeschosse und nur im mai 1981 (hun-

gerstreik) 16.656 plastikgeschosse. bei gummigeschossen ist jedes 18.000ste tödlich, bei plastikgeschossen schon jedes 4.000ste.

von 1970-72 untersuchten 4 chirurg(inn?)en 90 durch gummigeschosse verletzte im alter von 7-67 jahren, davon: 1/3 frauen; 41 mußten im krankenhaus stationär behandelt werden; 1 person starb; 80% kopfverletzungen; 2 erblindete auf beiden augen; 7 erblindete auf einem aug; 5 schwere sehkräftverminderungen auf einem aug; 4 schlimme gesichtsverletzungen; 21 gesichts- und schädelbrüche, 3 schwere gehirnschäden (darunter der tote); 7 lungenverletzungen; je 1 leber-, milz- und darmverletzung.

plastikgeschosse sind: kürzer, härter und haben eine größere reichweite als gummigeschosse, sie sollten genauer treffen und nicht direkt abgefeuert werden (zuerst am boden, nicht unter 20 meter), beide enden sind flach. mündungsgeschwindigkeit: 250 km/h.

1971 wurden 7 personen damit getötet; 7 der bisher 16 geschötoten waren kinder.

die hälfte der geschosse wurde unter 15 meter, 1/3 sogar unter 5 meter abgeschossen. ein ehemaliger britischer offizier schrieb, daß die soldaten rasierklingen und nägel in plastikgeschosse gaben, eine hälfte mit batterien, kronkorken, ...ersetzen, das vordere ende zuspitzten,...

SAS "who dares wins" (wer wagt gewinnt) — "shoot to kill"

der SAS — special air service — ist eine englische anti-guerilla-spezialeinheit á la COBRA (österreich), GREEN BARETS (USA) oder GSG 9 (BRD). er wurde offiziell 1941 gegründet, um sabotage und gezielte militärische aktionen im feindlichen hinterland durchzuführen, und wurde gegen hitlers afrika-corps eingesetzt. er bestand aber schon vorher als vollstreckungsorgan des britischen geheimdienstes. der SAS wurde u.a. in burma, borneo, aden, kenia, zypern und oman eingesetzt; jedoch immer von den regulären truppen getrennt. da der SAS formell keinem truppenkommando untersteht kann er also nach gutdünken handeln, aber keine gefangene machen. in der geschichte der 6 counties wurden vom SAS auch noch nie gefangene gemacht.

laut SAS-operationshandbuch von 1969 sind die aufgaben: bildung von hinterhalten, fortwährende störung der guerilla, sabotage und infiltration sowie das gezielte töten von guerilla/os und deren unterstützerInnen.

unter brigadegeneral frank kitson zerschlugen die SAS-ler die kp-malaysien und halfen dem weißen siedlerregime in rhodesien. kitson wurde daraufhin in die 6 counties geschickt und mit der "counter-insurgency" (aufstandsbe kämpfung) betraut. 1970 kamen die ersten SAS-ler nach belfast (45 stück), offiziell erst 1976 (150 stück). die begründung für ihr kommen lieferten die SAS-ler sich gleich selbst: am 5.1.1975 erschossen sie maskiert 11 protestant(Inn?)en in south armagh, nachdem sie sie nach ihrer religionszugehörigkeit ge-

Autonomes Stadtfernsehen/Stadt- radio präsentiert

Bauanleitung für PiratInnen- sender!!!

Die Bauanleitung beschreibt zwei verschiedene Sendertypen:

* A-180, Frequenzbereich ca. 165 - 229 MHz (zum Überlagern von FS1)

* A-100, Frequenzbereich ca. 80 - 110 MHz (zum Überlagern der allseits beliebten Hörfunkprogramme)

Diese Sender erreichen eine Leistung von ca. 70 Watt, womit mensch einen starken offiziellen Sender (z.B. 100 KW-Leistung) in einem Radius von ein paar hundert Metern überlagert.

Auf einer eigenen Frequenz ist es kein Problem, in einer Großstadt überall gehört zu werden.

All jene, die sich für diese Bauanleitung interessieren, können sie jetzt über das TATblatt beziehen.

Einfach ein doppeltes Kuvert an das TATblatt senden:

Äußerer Umschlag:

TATblatt

**Gumpendorferstr. 157/11
1060 Wien**

Innerer Umschlag:

Autonomes Stadtfernsehen/Stadtradio

**In diesem inneren Kuvert
sollte sich dann eure
Adresse und mindestens
170 Schilling befinden.**

Innerhalb kürzester Zeit bekommt ihr die umfangreiche Dokumentation zugesandt.

**Also: Bestellung nur
gegen Vorkassa!!!**

**Jetzt geht's erst richtig los mit
Frequenzbesetzen in Österreich
und hoffentlich machen viele mit.**

fragt hatten. die tat wurde den PROVOS¹³ (provisional IRA, oder PIRA) in die schuhe geschoben.

zu anfang hatten die SAS-ler die aufgabe in den katholischen ghettos informationen zu sammeln, weil sich zwischen 1969 und 1972 keine uniformierten truppen oder "sicherheits"kräfte in die katholisch/nationalistischen ghettos des "free derry" und "free belfast"¹⁴ trauben konnten. heute führen diese aufgaben die regulären truppen und RUC durch. der SAS hatte in belfast von anfang an die aufgabe, vermeintliche oder tatsächliche IRA-leute ohne rücksicht auf

nachzukommen, aber nur unter gleichzeitiger aufrüstung und instruierung der UDR/RUC in "counter-insurgency" — unter keinen umständen um den verlust der 6 counties. die IRA sollte so geschwächt werden, daß sie auf polizeilicher und geheimdienstlicher ebene geschlagen werden kann. das gelang nicht.

2) "criminalization": entpolitisierungsvorversuch des konflikts. diplock-corts anstelle der internierung, abschaffung des politischen status bei gefangenen.

erfolgreich nur in den internationalen medien.



Massenfestnahme während der Zeit der Internierung, Derry 1972

die bevölkerung zu töten: = "shoot to kill" (schieß um zu töten — todesschuß).

1971 schrieb kitson in "low intensity operations"¹⁵: a) das konzept von spezialeinheiten für sondereinsätze, deren hauptsächliches ziel es sein sollte, die "opposition" ins abseits zu drängen, und die bevölkerung auf die eigene seite zu bringen. in den 70er-Jahren gab es mindestens 2 bombenanschläge in dublin(!) vom SAS (wieder einmal mußte die IRA dafür herhalten), vor der abstimmung über die anti-terror-gesetze, die dann mehrheitlich angenommen wurden. b) psychologische kriegsführung — psychooperationen: gefälschte flugis oder plakate im namen der IRA; rufmordcampagnen gegen republikanische "führer" um streit und mißtrauen zu säen; politische, republikanische wandmalereien wurden mit popstars oder unpolitischen graffiti's übermalt.

kitson rät weiter, daß die justiz als waffe gegen unerwünschte personen dienen soll.

1974/75-1984: in den 6 counties werden 3 hauptelemente der "low intensity warfare"¹⁵ verwendet:

1) "ulsterization": regionalisierung des konflikts und schrittweise übertragung der aufgaben der englischen armee an die RUC und UDR. die briten wollten auch die kosten niedrig halten, und reduzierten ihre armee, um auch den nato-verpflichtungen

3) "normalization": der fisch (IRA) sollte vom wasser (katholisch/nationalistische bevölkerung) durch die ganze palette von aufstandsbekämpfungsmaßnahmen getrennt werden.

das scheitern der "modernen" represionspolitik ist klar: die ursachen wurden nicht beseitigt, stattdessen nahm die represion zu, z b todesschüsse.

laut "standard operational procedures" (SAS-handbuch) wird der SAS in einer schußtechnik instruert, die auf den kopf der zielperson zielt = "shoot to kill"-politik. die IRA fand heraus, daß der SAS mit spezialwaffen ausgerüstet ist, die sich hauptsächlich auf die tötung aus ganz kurzer entfernung eignen.

seit 1980 werden SAS-soldatinnen in den 6 counties eingesetzt.

beispiele zur arbeit der SAS:

1978: der 16-jährige john boyie meldet den fund einer waffe auf einem friedhof in south armagh bei der polizei. der SAS stellt der IRA daraufhin eine falle, ohne john davon zu informieren. als john zurück auf den friedhof geht, wird er von der SAS erschossen. sie hatten "vergessen", ihm zu sagen, daß er nicht mehr hin soll.

2 entenjägern ging es 1985 ebenso.

in gibraltar wurden im märz 1988 drei unbewaffnete IRA-leute erschossen — auf

regierungsantrag. eine später anberaumte untersuchung sprach die englische regierung frei: es war eine "gesetzliche tötung".

die liste ließe sich noch fortsetzen.

sowohl in gibraltar 1988 wie in south armagh 1975 kam später an die öffentlichkeit, daß der SAS zugeschlagen hatte.

der SAS hat bis heute keine gefangenen gemacht. seit 1976 gibt es 47 belege für verwicklungen des SAS in tötungen — in der dunklen zeit davor dürften es bei weitem mehr sein.

1988 wurde der erste englische soldat für einen mord an einem zivilisten angeklagt und verurteilt. nach 26 monaten haft wurde er amnestiert und wieder in der truppe aufgenommen. bei gerichtlichen untersuchungen bleibt die identität der SAS-lerInnen geheim — soldat A,B,... und die aussagen werden hinter einem vorhang gemacht. eingehendere befragungen werden durch ihre anwälte abgewiesen: aus "sicherheitsgründen". aus demselben grund werden in den 6 counties auch oft leichenbeschauende untersuchungsrichter zurückgewiesen.

keiner der SAS-lerInnen wurde jemals angeklagt (stand 1988).

der SAS unterhält exzellente verbindungen zu loyalistischen terrorgruppen, wie UDA¹⁶, UVF¹⁷,... denen er auch informationen über katholikInnen weitergibt. der SAS unterwandert und manipuliert auch rechtsgerichtete todesschwadronen (UFF, PAF¹⁸).

auch die gezielten todesschüsse der RUC wie 1982 (6 tote) wurden erst nach vielen protesten untersucht. die untersuchungen wurden aber bald wieder von der englischen regierung eingestellt, nachdem der ursprüngliche untersuchungskommissar in seinen ermittlungen zu weit gekommen war, und daraufhin kurzentschlossen amtsenthoben wurde. sein nachfolger kam in seinen ermittlungen nicht weiter.

computersystem der englischen armee

es umfaßt 500.000 datensätze bei einem bevölkerungsanteil von nur (ca. 960.000 protestantInnen und) 640.000 katholikInnen in den 6 counties, und wird in 4 voneinander getrennten, aber miteinander verbindbaren, sektionen unterteilt:

1) p-sektion: persönliche daten, lebensumstände, verhaltensweisen, frequentierte orte, querverweise zur familie und freundeInnen, details vom passieren eines mobilen oder festen armeekontrollpunktes (davon gibt es ausreichend).

2) rastermethode: straßennamen aus adressbüchern, wählerlisten und telefonbüchern und aus observationen der fußpatrouillen; verweiscodes aller im haus lebender personen (und hunde,...); details über vermutete oder geäußerte politischer meinung.

3) fahrzeug-index: farbe und nummer des autos; welchen weg das auto fahren muß, wenn es einen kontrollpunkt passiert; religion der/s besitzerIn.

4) fahrzeug-kontrollstellen-index: zeit

und ort eines von RUC oder armeepatrouille kontrollierten wagens; gesammte bewegung eines wagens (= "bewegungsbilder") kann so rekonstruiert werden.

des weiteren gibt es zugriff auf alle daten der öffentlichen verwaltung, und persönliche daten aus den sozialbehörden und gesundheitswesen. eine fast (!) lückenlose kontrolle durch patrouillen und infrarot-kameras.

tin city — internationales anti-guerilla ausbildungslager für west-europa?

mittlen in der BRD steht ein von den britischen soldaten nachgebautes irisches dorf, genannt "tin city". dort, in sennelager, "spielen" die soldaten bürgerkrieg. zwischen 2000 und 4000 englische soldaten werden jeweils 4 monate nach tin city zur ausbildung gebracht, bevor sie ihren dienst in den 6 counties antreten. danach werden sie wieder nach tin city verlegt.

es gibt immer wieder besuche von "sicherheits"technikern in den 6 counties bei der RUC, die ja jahrelange aufstandsbe-kämpfungserfahrung hat (für poll tax in england,...).

führende RUC-ler werden oft in höhere stellungen in england befördert.

in den 6 counties herrscht das repressivste system west-europas. ●

fußnoten:

1 unionismus: die aufrechterhaltung der teilung irlands und fortsetzung der einbindung der 6 counties an das königreich

2 loyalismus: zur englischen krone loyal, nicht zu den "demokratischen" institutionen. es ist eine extrem rechte ausprägung des unionismus. loya-

listInnen pochen stärker als gewöhnliche unionistInnen auf den sonderstatus "nord-irlands" mit eigenem parlament, exekutive,...der loyalismus hat die funktion eines ideologischen dammes gegenüber liberalisierenden einflüssen seitens der englischen regierung oder des parlaments.

3 sektierertum: politik die entlang der hautfarbe, oder wie in den 6 counties nach der religion formuliert

4 sinn fein: radikale republikanisch / nationalistische partei, seit 1895

5 plantation: besiedlungsprogramm seit 1603 in ulster — deshalb die protestantische mehrheit — mit grausamsten mitteln von englischen protestanten und schottischen presbyterianern durchgesetzt

6 gälisch: sprache der ursprünglichen irischen bevölkerung, wird heute im gefängnis den nationalistischen gefangenen gelehrt, da es die engländer nicht verstehen.

7 republikanisch; d.h.: a) seperatismus = abtrennung der irischen insel von england. b) säkularismus = trennung von religion und politik. c) anti-sektierertum. d) nationalismus = aufhebung der absplattung der 6 counties und wieder-vereinigung mit eire. e) radikale sozialpolitik.

8 RUC: royal ulster constabulary = königliche ulster polizeitruppe: über 90% protestantisch, und unter britischen oberkommando; kontakte zu loyalistischen paramilitärs

9 UDR: ulster defense regiment = ulsters verteidigungs regiment: territorialarmee, 2/3 freizeitsoldaten, der britischen armee unterstellt. 97% protestantisch; zählt ca. 6000 freiwillige, mit loyalistischen paramilitärs stark verbunden, teilweise personalidentisch. die UDR besteht vor allem aus UVF & UDA.

10 IRA = irish republican army = irische bürgerInnen armee: 1919 im irischen unabhängigkeitskampf gegründete guerilla-armee der katholischen/nationalistischen bevölkerung.

11 INLA: irish national liberation army: irisch nationale befreiungsarmee: spaltet sich von den officials¹³ 1972 ab. kritisiert einseitiges waffenstillstandsabkommen der officials mit briten und die provos¹³ die ihnen nicht sozialistisch genug

sind. heute nur mehr in den 6 counties aktiv (nach kronzeugenregelung).

12 sensorische deprivation: "weiße folter", ziel ist es, jeden reizeinfluß vom häftling fernzuhalten (geräusche, immer licht, ...), um den widerstand zu brechen. siehe RAF.

13 provos = provisional IRA = PIRA: spaltung der IRA 1969 in 2 flügel: 1) PIRA, die weiterhin am bewaffneten kampf festhält, und die jetzige IRA ist. hat keine rekrutierungsprobleme, ist in der katholischen bevölkerung gut angesehen; nahe zur sinn fein; ca. 300-500 bewaffnete, darunter viele frauen auch in höheren positionen, da die bedingungen keinen offenen guerilla-kampf erlauben, und eine größere streitmacht die infiltration erhöhen würde. 2) OFFICIAL IRA: erklärte 1972 einen einseitigen waffenstillstand; ist heute praktisch nicht mehr existent.

14 free derry und free belfast: nach einer provokation der loyalisten, die mit marschen durch die katholischen ghettos ihre überlegenheit in derry demonstrieren wollen, wehren sich die katholischen 1969, und lassen die bullen/militär nicht in ihr viertel. 3 jahre lang wagen sich keine uniformierten in die gebiete.

15 low intensity operations: krieg der niedrigen intensität: ziel der attacken ist nicht mehr die guerilla allein, sondern vorallem die bevölkerung. mit psychologischer kriegsführung und medienkontrolle wird versucht die bevölkerung (teile davon mit reformen) ruhigzuhalten

16 UDA = ulster defense association: ulsters verteidigungs assoziaton: extrem loyalistische paramilitärs; legal; hauptverantwortlich für die attentatserie auf zivile katholikInnen 1972-75, schwer bewaffnet.

17 UVF = ulster volunteer force: ulsters freiwilligen kraft: 1) alte: 1913-1922 2) neue: seit 1966, verbotene loyalistische paramilitärische gruppe, wurde verboten, nachgewiesene kontakte zu europäischen nazi-gruppen. kämpft wie UDA vor allem gegen katholische zivilistInnen.

18 UFF, PAF: ulster freedom fighters und protestant action force: ulsters freiheits kämpfer und protestantische aktions kraft: 2 todesschwadronen der UDA.

Puerto Rico libre!

Veranstaltung mit VertreterInnen des Movimiento de Liberation Nacional (MLN) Rita Cordova und Julio Rosado.

Die beiden sind zur Zeit auf einer Rundreise durch Europa und wollen bei den diversen Veranstaltungen über folgende Themen referieren und diskutieren:

1. Neue Weltordnung, ökonomische Krise und Golfkrieg

a. Krieg als ein Mittel, um ökonomischen Verfall aufzuhalten: der Schwindel von einer neuen Weltordnung, um die ökonomische, politische und militärische Führung der USA aufrechtzuerhalten.

b. Untergräbt indirekt die Konkurrenzfähigkeit von Westeuropa und Japan:

Wie der Golfkrieg die europäischen und japanischen ökonomischen Interessen und ihre Handelspolitik belastet.

c. Der Golfkrieg und die Bedrohung der Dritten Welt:

Der Golfkrieg ist ein Beispiel für die Absicht der USA, der Dritten Welt ihren Willen aufzudrücken.

- Puerto Rico und die Bedrohung Kubas (Dokument)

- Brasilianische Reaktion auf den Bau von Atom-U-Booten (nuclear subs, ?)

- Die Warnung Libanons an die PLO

d. Der Rückzug der SU und die Preisga-

be der Entwicklungsländer an die Aggression:

- Wie der Verlust des militärischen und politischen Mächtigkeitsgewichts die US-Aggression ermutigt und die globale Sicherheit untergräbt

- Wie davon Europa und Japan ebenso betroffen sind

e. Puerto Rico als das Israel der Karibik und Zentralamerikas:

- Wie die USA einige kosmetische Änderungen durchführen wollen, um Puerto Rico in ein Zentrum des US-Militärs und der politischen Vorherrschaft über die Karibik und Zentralamerika machen wollen.

2. Die Notwendigkeit der neuerlichen Bestimmung des Kampfes als einen anti-imperialistischen und sozialistischen:

a. Warum der Imperialismus weiterhin der prinzipielle Widerspruch zwischen dem Bedürfnis der Völker nach Freiheit und Demokratie und dem Chauvinismus und der Unterdrückung der großen Mächte ist:

- Die Unterdrückten kämpfen weiter für einen revolutionären Wandel

- Die Menschen kämpfen weiter für Sozialismus

- Nur Idealisten können glauben, daß der Sozialismus gescheitert ist

- Das Scheitern des Sozialismus in Ost-

europa, der UdSSR und China ist das Scheitern des kleinbürgerlichen Modells

- Es gibt die Notwendigkeit einer neuen Allianz von Anti-ImperialistInnen und Sozialrevolutionären, die auf einem Modell von wissenschaftlichem Materialismus aufbauen muß, das Idealismus und Mystizismus ablehnt (z.B. der Chauvinismus von einer großen Nation, mystische Führer, die Verneinung der Demokratie der arbeitenden Klasse, die Vorherrschaft einer privilegierten Intelligenz und die Ablehnung von kleinbürgerlichem Pessimismus)

3. Ein Vorschlag für eine konkrete Praxis - die puertoricanische Frage:

a. Ein kurzer Überblick über Puerto Rico und seine geopolitische Lage

b. Der Kampf gegen den US-Imperialismus und Kolonialismus

c. Der momentane Kampf und der Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen

d. Das Netzwerk 25. Juli für die Forderung nach Freilassung der puertoricanischen politischen Gefangenen in den US-Gefängnissen

Mittwoch, 24. April 1991, 19 Uhr
Ernst Kirchwegger-Haus, 1100 Gudrunstraße/Wielandgasse (U1 Keplerplatz)

Volkszählung und rechtliche Konsequenzen

Geht's denn bei der Volkszählung überhaupt mit "rechten Dingen" zu?

(Dr. Gustl)

Das Volkszählungsgesetz 1980 (VZG) wurde eigens für die bevorstehende Zählung einer Novellierung unterzogen, die schon am ersten Blick eine Verschärfung gegenüber der bisherigen Rechtslage darstellt. Zunächst wurde der Katalog der zu erhebenden Fragen durch diejenige nach der "Stellung im Haushalt" und des Arbeits- und Schulwegs erweitert.

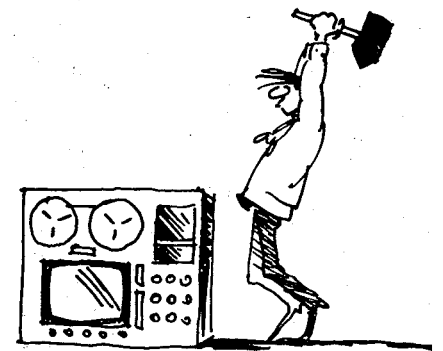
Der Gesetzgeber fügte den bisherigen Bestimmungen eine Ermächtigung des Innenministers hinzu, per Verordnung zusätzliche Fragen über den ordentlichen

Fragen nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß zu beantworten und, wenn erforderlich, die Fragebögen selbst auszufüllen. Von der Auskunftspflicht eines Haushaltes ist, was immer das auch bedeuten würde, keine Rede.

Die in der "ZÄHLUNGSLISTE für einen Privathaushalt" begehrten Angaben von Name und Geburtsdatum der mit dem/r Auskunftspflichtigen im Haushalt lebenden Personen werden ohne die entsprechende gesetzliche Grundlage eingefordert. Auch die Frage nach dem ordentlichen

Wohnsitz der eigenen und anderer im Haushalt lebender Personen

abgerundet. Auch im WOHSITZBOGEN wird die Frage nach dem ordentlichen Wohnsitz ("in dieser Unterkunft?") und nach möglichen anderen Unterkünften ("ja, und zwar....") gestellt. Um Mißverständnissen, spricht Ausfüllungsmängeln, vorzubeugen, soll die "Anstalt" — nun wissen wir wenigstens, welcher AdressatInnenkreis im WOHSITZBOGEN gemeint ist — ihren Stempel anbringen. In der Fußnote wird dann der/m Anstaltsinsassin/en noch eingeschärft: "Sofern ich in dieser Unterkunft für mich ein Personenblatt abgegeben habe, habe ich mich vergewissert, daß für mich an keinem anderen in Frage kommenden Ort ein Personenblatt abgegeben wurde bzw. abgegeben werden wird."



Den Kernteil der Befragung stellt das

"PERSONENBLATT"

dar, welches zur Aufnahme der von § 2 Abs 2 VZG (siehe Kasten 1) bezeichneten Fragen entworfen wurde. Hier findet sich der gesetzliche Katalog mit einigen Ausschmückungen und zusätzlich — sozusagen als "Einlage" — ein paar Extras, die im Gesetzeskatalog "vergessen" wurden. Diese Extras sollen naturgemäß gebührend Erwähnung finden.

So überrascht die Frage "wo wohntest Sie vor 5 Jahren, also am 15.5.1986?". Fragen nach "Wirtschafts-, Geschäftszweig der Firma bzw. Dienststelle", "Name der Firma (Dienststelle, Arbeitgeber) oder Schultyp der derzeit besuchten Schule" und "Adresse Ihrer Arbeitsstätte oder Schule" bestätigen den schon aufgekommenen Verdacht des Prinzips: "derfs a bisserl mehr sein?"

Das Ziel der Volkszählung ist also die maximale Datenerfassung.

Das

"ERGÄNZUNGSBLATT"

schließlich wird seiner Bezeichnung gerecht, verschweigt jedoch, daß es lediglich von Personen am Ort ihres weiteren Wohnsitzes ausgefüllt werden muß. Um der Gemeinde die Ausforschung des ordentlichen Wohnsitzes zu erleichtern, hätte die/der Er-

VolxVERzählungsecke

Wohnsitz von Personen, die mehrere Wohnsitze haben, zu stellen.

Vorrangiger Zweck der Sonderfragen an Personen, die mehrere Wohnsitze aufweisen, ist die Zuordnung dieser Personen zu einzelnen Gemeinden, welche nach dem Finanzausgleichsgesetz Ansprüche nach der Zahl der Wohnbevölkerung haben. Die Gemeinde Wien hatte das Ergebnis der Wohnbevölkerung aus der Volkszählung 1981 mit der Begründung der nicht ausreichenden Feststellung von Zuordnungsmerkmalen angefochten. Immerhin bedeutete die von der Stadt Wien begehrte Zurechnung etwa öS 7. 500,- pro Jahr und Person für über dreißigtausend Menschen. Die von der Gemeinde Wien ins Treffen geführte Argumentation hat nun in der VZG-Novelle einen klaren Niederschlag gefunden.

Die Verordnung des Innenministers geht jedoch deutlich über den vom Gesetzgeber eingeräumten Rahmen hinaus.

"Die Zählungsliste für den Privathaushalt"

Diese enthält an erster Stelle der unrichtigen Hinweis, daß gem. § 3 Abs. 3 VZG für jeden Haushalt die Verpflichtung bestünde, die Erhebungspapiere vollständig und wahrheitsgetreu auszufüllen. In Wahrheit bestimmt der § 3 VZG, daß zur Auskunftserteilung diejenigen Personen verpflichtet sind, die in der Zählgemeinde ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Darüberhinaus sind Personen, die im gemeinsamen Haushalt mit dem/r Auskunftspflichtigen wohnen, bei dessen/deren Abwesenheit oder Unfähigkeit zur Auskunftserteilung, der Wohnungsinhaber, Vermieter oder Hauseigentümer soweit möglich und zumutbar auskunftspflichtig. Diese Personen haben die

nen sieht das VZG nicht vor. Das VZG bemüht sich ganz im Gegenteil eben darum, durch die Angaben im Ergänzungsblatt den ordentlichen Wohnsitz zu erheben. Auch die in der ZÄHLUNGSLISTE gestellte Frage nach der Stellung anderer Personen im Haushalt ist als vom Ordnungsgeber den Auskunftspflichtigen angebotene Fleißaufgabe zu enttarnen, welche schließlich in der gesamten ZÄHLUNGSLISTE zu erkennen ist.

Offenbar alternativ zur ZÄHLUNGSLISTE für einen Privathaushalt wird in der Verordnung die

"ZÄHLUNGSLISTE für eine Gemeinschaftsunterkunft"

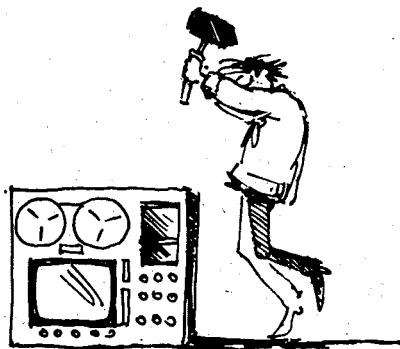
zur Ausfüllung angeboten, welche — ohne jede entsprechende gesetzliche Grundlage — vom Leiter der Gemeinschaftsunterkunft oder seinem/r Beauftragten ausgefüllt werden soll.

Der/die gewerbliche, amtliche (Gefahrenhaus, Kaserne), oder bloß karitative (Kloster, Obdachlosenheim) Unterkunftgeber/in hätte Auskunft über Personenkreis, Gesamtzahl, Name und Geburtsdatum der Unterkunftnehmer sowie die Art der Unterkunft zu geben.

Die Palette der Wohnsitzbefragung wird schließlich mit dem

"WOHSITZBOGEN für Personen außerhalb von Privathaushalten",

der offenbar von dem/der/jenigen, welche/r ihn gerade erhält, auszufüllen wäre,



gänzungspflichtige denselben bekanntzugeben; ein Vorgang, für welchen das VZG keine Grundlage bietet. Wie beim PERSONENBLATT schon angedeutet, erweist das ERGÄNZUNGSBLATT seinen wahren Dienst durch gesetzlich nicht gedeckte Fragen nach dem Verwandtschaftsverhältnis von MitbewohnerInnen sowie nach den mitwohnenden LebensgefährtenInnen, deren Geburtsjahren, sowie darüber, ob diese Personen ihr Personenblatt in der zählenden Gemeinde abgeben. Und genauso verhält es sich auch mit der Frage nach der "aktiven gesellschaftlichen Betätigung in dieser Gemeinde". Die Gemeinde (und das statistische Zentralamt) möchte aber hier unter "Berücksichtigung der kulturellen, sportlichen, sozialen und politischen Betätigungen" von den WohnsitznehmerInnen erfragen, ob deren "aktive, gesellschaftliche Betätigungen in der Gemeinde, die den Aufenthalt in dieser Gemeinde erfordern, sehr intensiv — weniger intensiv — kaum vorhanden waren, oder überhaupt keine gesellschaftliche Betätigung" entfaltet wurde.

Strafbestimmungen

Wer einer Verpflichtung nach dem VZG nicht nachkäme, insbesondere wesentlich unwahre oder unvollständige Angaben machte oder sonst durch Handlungen oder Unterlassungen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Zählung sowie ihre Durchführung überhaupt gefährdete, beginge nach § 9 VZG eine Verwaltungsübertretung und wäre von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis öS 30.000,- oder mit einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten zu bestrafen. Gemäß § 11 Verwaltungsstrafgesetz (VStG) darf jedoch

Volkszählung vom 15.5.1991 schon beendet sein wird und die nächste erst wieder in 10 Jahren stattfindet.

Zur Erfüllung eines Verwaltungsstrafatbestandes ist aber immer, entgegen der Annahme vieler Behörden, Verschulden vorausgesetzt, sodaß ein irrtümliches Falschausfüllen der Fragebögen nicht bestraft werden kann.

Obwohl das VZG für Verstöße bis zu sechs Monate Freiheitsstrafe vorsieht, dürfen gemäß Verwaltungsstrafgesetz längere als sechswöchige Freiheitsstrafen nicht und längere als zweiwöchige Freiheitsstrafen überhaupt nur bei Vorliegen besonderer Erschwerungsgründe verhängt werden.

Weitere Fragebögen

Die Volkszähler werden euch aber auch weitere, bisher nicht erwähnte Fragebögen in die Hand drücken, nämlich ein ARBEITSSTÄTTEN-, GEBÄUDE- und ein WOHNUNGSBLATT, die allenfalls durch das Bundesstatistikgesetz, BGBl 91/65 (BStatG) und das Arbeitsstättenzählungsgesetz und den hierauf erlassenen Verordnungen gedeckt sind (nicht aber im VZG). Diese Bögen enthalten ebenfalls Fragen, die im Gesetz nicht vorgesehen sind.

Im

WOHNUNGSBLATT

werden erlaubterweise Fragen nach **Lage, Größe, Ausstattung, Belag, Rechtsverhältnisse, zu entrichtende Leistungen die Wohnung betreffend, Name und Beruf des Wohnungsinhabers** gestellt.

Die Fragen nach der Wohnungsadresse, Zahl der Haushalte, Art der Heizung und die Frage, "ist das eine Wohnung für Ferien-, Wochene

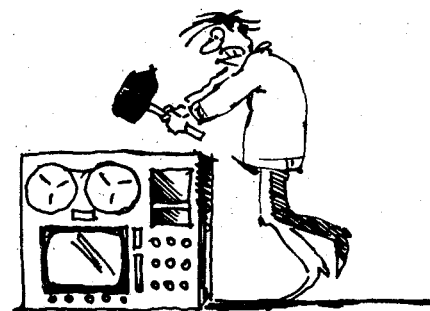
nd- und andere Erholungsaufenthalte?" sind jedoch im Gesetz nicht vorgesehen. Zusätzlich sind im Fragebogen Rubriken für Kontrollvermerke der Gemeinde und des Statistischen Zentralamtes zur Abgleichung mit den im Personen- und Ergänzungsblatt gemachten Angaben vorgesehen.

Die Datenabgleichung zwischen Innen-

ministerium (verantwortlich für die Volkszählung) und Wirtschaftsministerium (verantwortlich für Arbeitsstätten- Gebäude- und Wohnungszählung) stellt aber einen Datenfluß dar, für den die, gemäß § 7 Datenschutzgesetz erforderliche gesetzliche Grundlage fehlt.

Arbeitsstättenblatt

Der Datenhunger der Zähler setzt sich im Arbeitsstättenblatt, zu dessen Ausfüllen der/die Inhaber/in oder verantwortliche Leiter/in der Arbeitsstätte verpflichtet wird, fort, da ohne gesetzliche Ermächtigung die Fläche, Rechtsgrund der Benützung und letzter monatlicher Mietaufwand erhoben wird. Im



Gebäudeblatt,

für welches gesetzlich gar nicht klargestellt ist, wer dieses auszufüllen hat, werden neben einer Reihe von ausstattungsartigen Elementen, für die die Auskunftspflicht zumindest fraglich scheint, wiederum ohne gesetzliche Ermächtigung Adresse, Zahl der Wohnungen und Staatsangehörigkeit (!) des Eigentümers ausgeforscht. Auch hier findet sich die Abgleichungsrubrik für Gemeinde und Statistisches Zentralamt, weshalb beide zuletzt genannten Erhebungsbögen den schon beschriebenen Verstoß gegen § 7 DSG komplettieren dürften.

Verfassungswidrigkeit des Volkszählungsgesetzes

Auf Grund des Legalitätsprinzips dürfen nur Fragen gestellt werden, die im Gesetz auch vorgesehen sind. Daher dürfen Fragen, die im Gesetz nicht enthalten sind, sanktionslos unbeantwortet bleiben.

Der Verfassungsgerichtshof hat in einer Entscheidung im Jahre 1990 eine — inzwischen wieder reparierte — Bestimmung des Bundesstatistikgesetzes aufgehoben, da in diesem nicht sichergestellt war, daß die erhobenen Daten vertraulich behandelt werden. Da im VZG für die vertrauliche Behandlung der Daten keine Vorkehrung getroffen wurde, kann davon ausgegangen werden, daß der Verfassungsgerichtshof die Bestimmung des VZG, die die Auskunftspflicht vorsieht, aufheben würde.

Eine weitere Verfassungswidrigkeit des

Fragen, die (nur) am ordentlichen Wohnsitz gestellt werden dürfen:

(§2 Abs. 2 VZG) Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Stellung im Haushalt, Familienstand, Kinderzahl, Religionsbekenntnis, Umgangssprache, Staatsangehörigkeit, Schulbildung, Berufsausbildung, Beruf, Beschäftigung, Arbeits- und Schulweg, Aufenthalt und Wohnsitz.

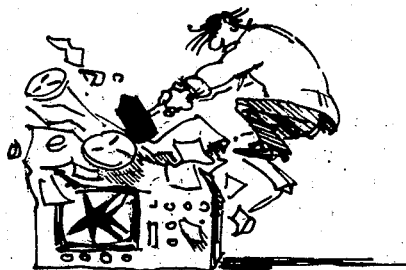
eine Freiheitsstrafe nur verhängt werden, wenn dies notwendig ist, um den Täter von weiteren Verwaltungsübertretungen gleicher Art abzuhalten. Das heißt, daß eine Übertretung nach dem VZG wohl nur dann mit Freiheitsstrafe bestraft werden könnte, wenn der Täter noch ein weiteres Mal gegen das VZG verstoßen könnte. In der Regel wird das also nicht möglich sein, da die

Fragen, die nur BesitzerInnen von Zweitwohnsitzen gestellt werden dürfen:

(§10 Abs 4 VZG) Nebenerwerb, Art der Unterkunft, Aufenthaltsdauer, Gemeinde des Arbeitsplatzes, der Ausbildungsstätte, dem Ort, von wo aus die Person den Weg zum Arbeitsplatz oder zur Ausbildungsstätte antritt, dem ordentlichen Wohnsitz der übrigen Familienmitglieder, der Gemeinde der Ausbildungsstätte bzw. des Kindergartens der Kinder, sowie der Funktion in öffentlichen oder privaten Körperschaften

VZG kann darin gesehen werden, daß gemäß Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) überhaupt nur Daten der Bevölkerung erfaßt werden dürfen, sofern dies für das 'wirtschaftliche Wohl des Landes' erforderlich ist. Die Bögen enthalten jedoch zahlreiche Fragen, die beim besten Willen nicht mit dem wirtschaftlichen Wohl im Zusammenhang stehen.

Ein wesentlicher Zweck der Volkszählung ist die Zuordnung von Personen zu einzelnen Gemeinden. Die gesetzliche Bestimmung, die die Zuordnungskriterien regelt, ist aber derart schwammig gefasst, daß de facto 'wichtige Gemeinden' (z.B. Wien) Personen, die selbst einer anderen Gemeinde zugezählt werden wollen oder die von einer 'schwachen' Gemeinde als BewohnerInnen angesehen werden, in einem Streitverfahren für sich beanspruchen können. Da also nicht das Gesetz, sondern die politischen Machtverhältnisse über den Wohnort eines Menschen entscheidet, daher das Verwaltungshandeln (der Vorgang des Zuordnens einer Person zu einer Gemeinde) nicht vom Gesetz bestimmt ist (Legalitätsprinzip), ist die Bestimmung des VZG über den Wohnsitz verfassungswidrig.



MÖGLICHE WIDERSTANDSFORMEN

1) Gesetzestreue

Dies bedeutet, daß mensch nur die Fragen beantwortet, die im gesetzlichen Fragekatalog vorgesehen sind. Dazu ist es aber notwendig, die oben abgedruckten Gesetzesstellen genau zu lesen. Achtung! In den Zählpapieren finden sich VIEL mehr Fragen, als das Gesetz erlaubt.

2) Berufung auf die Verfassung

Wie bereits erwähnt gibt es einige Ansatzpunkte, die gesamte Volkszählung für verfassungswidrig zu halten. Ein besonders gutes Argument ist das Fehlen einer Bestimmung, die die vertrauliche Behandlung der Daten garantiert. Mit diesem Argument kann mensch mit Grund die gesamte Zählung ignorieren und die Fragebögen unausgefüllt abgeben (z.B. im Altpapierkontainer).

3) "irrtümliches" Falschausfüllen, sanfte Sabotage

Diese Widerstandsform(en) wurde(n) bereits ausführlich in früheren TATblattausgaben dargestellt. Neuer Tip: Dem Ge-

setz zufolge ist es zulässig, die Auskunftspflicht durch Beauftragung anderer mit der Ausfüllung der Fragebögen zu erfüllen. Ihr könnt euch daher darauf berufen, daß eure Großmutter die Verpflichtung zur Ausfüllung eurer Bögen übernommen hat. Unterscheide aber: plausible Falschangaben und unglaubliche Beantwortung der Fragen (15 Jährige Frau mit sieben Kindern). Im zweiten Fall würde die Fehlerhaftigkeit der Angaben von einem eigenem Kontrollprogramm erkannt werden.

Und Überhaupt: IHR SEID NICHT VERPFLICHTET, DIE ZÄHLERINNEN IN DIE WOHNUNG ZU LASSEN ODER IHNEN IRGENDWELCHE FRAGEN ZU BEANTWORTEN !!

Was kann passieren?

Wenn die Gemeinde draufkommt, daß unrichtig, unvollständig oder gar nicht ausgefüllt wurde, kann sie mensch laden und die Ergänzung der Fragebögen verlangen. Mensch hat aber das Recht, entweder weiterhin falsch auszufüllen oder keine weiteren Angaben zu machen.

Die Behörde hat dann nur mehr eine Möglichkeit: Eine Strafverfügung oder ein Straferkenntnis zu erlassen.

Gegen eine Strafverfügung könnt ihr EINSPRUCH erheben. Das geschieht, indem ihr die Strafverfügung kopiert, durchstreicht, Einspruch draufschreibt, unterschreibt und eingeschrieben der Behörde retourniert. Es wird dann das sogenannte 'ordentliche Verfahren' eingeleitet, in welchem ihr Recht auf Akteneinsicht und schriftlicher Stellungnahme sowie auf Anführung von Entlastungsbeweisen habt.

Soferne die Behörde (nach Durchführung des ordentlichen Verfahrens) ein Straferkenntnis erläßt, habt ihr die Möglichkeit, Berufung einzulegen. Die Berufung muß be-gründet sein. D.h., daß ihr angeben müßt, weshalb die Behörde eurer Meinung nach falsch entschieden hat.

ACHTUNG: FRISTEN EINHALTEN. DIE FRISTEN BEGINNEN IMMER AM TAG DER HINTERLEGUNG BEIM POSTAMT ODER MIT PERSÖNLICHER ÜBERNAHME VOM POSTLER ZU LAUFEN.

Gegen verurteilende Berufungsentscheidungen kann mensch den Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtshof anrufen. Eine solche Beschwerde muß jedoch von einem Rechtsanwalt unterschrieben sein.

Die Zählungsunterlagen, die euch vor dem 15.5.1991 übermittelt werden, enthalten ausführliche — zum Teil aber unrichtige — Erläuterungen. Ihr solltet euch aber bei der In-

Volxverzählungs-Termine:

Di, 23.04., 19.00 Uhr

Infoabend

- Basisinformation
- spezielle Information für AusländerInnen
- Was tun?

EKH, Wien 10, Wielandgasse 2-4, 1. Stock

Mo, 06.04

Beginn der Volkszählung

Di, 07.04., 19.00 Uhr

Volkszählungsveranstaltung
Uni Linz

*22.04.1990
Volkszählung gegen
Volkszählung
Kommunisten, Ausländer*

itiative Informatik Betroffener (IIB), PF 168, 1015 Wien, dem "Volkszählungstelefon (222/34 50 524 Do 17-19, Fr 19-20 Uhr)" und anderen Stellen Auskünfte geben lassen. Für Leute, die sich gegen Folgen von Falsch- oder Nichtausfüllen absichern wollen, wurde unter dem Verwendungszweck "Unterstützungsfonds" das Konto bei der BAWAG Nr. 02010 606 309 lautend auf IIB eingerichtet, auf dem durch Einzahlung des Mindestbetrages von öS 200,- Rechtskosten vorfinanziert werden können. Ganz besonders Pflichtbewusste sollten jedoch die Möglichkeit der Nachfrage bei der Gemeinde zur Erklärung der gestellten Zählungsfragen nützen. Dies kostet allerdings nicht nur der/dem Auskunftspflichtigen Zeit. MusterschülerInnen werden laufend bei der Gemeinde nachfragen, ob die eigenen Zählpapiere schon eingelangt, durchgesehen, überprüft, abgeglichen, ausgewertet, aufgezeichnet und weitergeleitet wurden und damit am besten gleich am Tag nach der Zählung beginnen. •

*TATblatt -
VZ - T-Shirts*



*in den Größen M, L, XL
ab sofort erhältlich!
* auf Bestellung auch kleiner!*

Versuch einer Erklärung, warum sich Autonome und Anti-ImperialistInnen nicht zum Völkermord am Kurdischen Volk im Irak verhalten.

Seit etwa einem Monat kämpfen im Nord-Irak Kurdinnen und Kurden gegen die blutige Saddam-Armee. Sah es am Anfang so aus als würden die KurdInnen fast alle wichtigen Städte in dieser Region befreien, folgte die Ernüchterung schon nach einigen Tagen. Die Armee bombardierte die Aufständischen mit Phosphor und Napalmbomben, griff mit Hubschraubern und Granatwerfern an. Betroffen von diesen Bombardierungen war vor allem die Zivil-

die türkischen und kurdischen revolutionären Organisationen zwar die Führung der irakischen KurdInnen kritisieren, rufen sie trotzdem auf, den Volksaufstand mit allen Mitteln zu unterstützen. So schreibt die ERNK(europäisches Büro des militärischen Flügels der PKK) folgendes:

„Wir fordern das sofortige Ende des Massakers und rufen alle Organisationen, Institutionen und Personen in der ganzen Welt dazu auf die Flüchtlinge und Aufständischen zu unterstützen. Wir rufen zu materiellen Hilfeleistungen für die Flüchtlinge auf. Wir rufen alle Menschen, die der Tragödie des kurdischen Volkes nicht zuschauen wollen, dazu auf, Druck auf die eigenen

Regierungen zu machen, damit Hilfeleistungen organisiert, das Massaker verurteilt wird und diese Verurteilungen nicht nur Lippenbekenntnis bleibt.“

Ein großer Teil der radikalen, autonomen Linken hält es aber nicht für notwendig, sich mit den um ihr Leben kämpfenden Kur-

dInnen zu solidarisieren. Das ist jetzt sehr hart formuliert, aber ich bin sehr wütend, daß sich nur ganz wenige Autonome und Anti-ImperialistInnen an der Soli-Demo für das kurdische Volk am 10.4.91 beteiligten.

Abschließend möchte ich auf die heuchlerische Unterstützung der westlichen Welt mit dem kurdischen Volk eingehen.

Die österr. Bundesregierung stellt 20 Millionen für die kurdischen Flüchtlinge zu Verfügung. In Fernsehen und Radio wird für die KurdInnen Geld gesammelt. Diese Aktionen sollen das schlechte Gewissen beruhigen. Denn die KurdInnen sind ja ganz weit weg. Und auch die Entrüstung darüber, daß sowohl der Iran als auch die Türkei die Grenzen für die Flüchtlinge sperren, ist mehr als scheinheilig. So bezeichnete die österr. Bundesregierung bis vor kurzem die türkischen KurdInnen als „Bergtürken“. So wurde der Kurde HYSSEIN BALKIR 3 Wochen in U-Haft gehalten und erst gegen eine Kaution von 60.000 öS enthaftet. Der Auslieferung sprozzess ist noch im Gange (näheres

dazu TATblatt minus 53). So wird KurdInnen der Asylantrag in Österreich verweigert, und oftmals werden diese Menschen zurück in die Türkei geschickt. Der Iran hat angeblich bereits 400.000 Menschen aufgenommen. In Österreich scheißen sich die Herrschenden schon wegen einiger tausend Flüchtlinge in die Hose. Während also einerseits die Stadt Wien das Angebot macht, kurdische Kinder aufzunehmen, werden TamilInnen von Wien Schwechat abgeschoben. An den österreichischen Grenzen patrouillieren noch immer Bundesheerangehörige, um „illegale“ Flüchtlinge festzunehmen.

Türkische Truppen stießen in den letzten Tagen auf irakisches Gebiet vor. Angeblich zum Schutz der KurdInnen. Daß dies ein schlechter Witz ist, beweist die Tatsache, daß diese Truppen Anti-Guerilla-Einheiten sind. Schon während des Golf-Krieges bombardierten die amerikanische und türkische Luftwaffe kurdische Städte sowohl in der Türkei als auch im Irak. Die faschistische Türkei hat kein Interesse, den kurdischen Massen wirklich zu helfen. So werden die Lebensmittel, die abgeworfen werden, zum Teil zu horrenden Preisen von den eingesetzten Militärs verkauft; so wurden schon zahlreiche Menschen von der türkischen Armee erschossen; so dürfen die frierenden und hungernden Menschen nicht in die Täler. Auch amerikanische Truppen sollen laut Medien im Nord-Irak eingesetzt werden. Diese Truppen werden aber eher gegen die PKK (Kurdische Guerilla in der Türkei) eingesetzt als den irakischen KurdInnen zu helfen. Die Hilfe wird absichtlich verzögert, da ein autonomer KurdInnenstaat den Imperialisten in der Region wesentlich unangenehmer ist, als ein geschwächter Saddam Hussein.

Solidarität mit dem kurdischen Widerstand

Kampf dem Imperialismus

Kampf dem Baath-Regime im Irak

Hoch die internationale Solidarität

ein M.Novak. ●

Briefe Meinungen Diskussionen

bevölkerung, die letztendlich auch zu hunderten in den Iran und in die Türkei zu flüchten versuchte. Auch diese Flüchtlingskolonnen wurden von den Schergen Husseins angegriffen.

Warum verhält sich die autonome und radikale Linke nicht ?

Ein Grund dafür scheint sicher der, daß sich die Führer der Irakischen Kurden in der Hoffnung auf Unterstützung an die US-Imperialisten wandten. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, warum im Infoladen-Verteiler immer wieder von imperialistischer Propaganda die Rede ist, wenn die Medien über den Völkermord berichten. Diese Propaganda wird nur betrieben, um dem irakischen Regime möglichst hohen Schaden zuzuführen, meinen die SchreiberInnen des Infoladens. Der Kampf des kurdischen Volkes mit imperialistischen Waffen (von Israel und USA) kann deshalb nicht unterstützt werden. (Auch die FMLN in El Salvador kämpft mit Waffen, die sie den Contras in Nicaragua abkauften). Diese Haltung ist angesichts des Völkermordes purer Zynismus. Wo bleibt die oft propagierte internationale Solidarität. Während

Was fehlt?

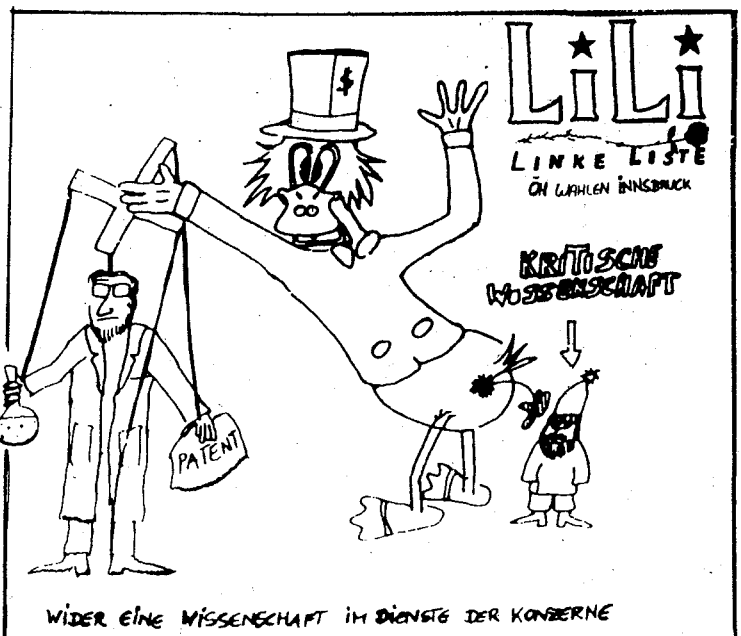
- Die Erklärung der Roten Armee Fraktion zur Erschiessung von (nunmehr Ex-)Treuhandchef Rohwedder, weil sie erst relativ kurz vor Redaktionsschluß vollständig bei uns einlangte und etwa zweieinhalb Seiten in Anspruch nehmen würde....

- was über die aktuelle Lage in Kurdistan — siehe dazu auch Leserbrief auf dieser Seite

- Ein Artikel zu den neuen Gesetzen in der Türkei und zur „Amnestie“ des türkischen Staates, sowie der schon letztes Mal versprochene Text über Dogu Perincek und seine „Sozialistische Partei“

- Infos über die rechtliche und politische Bedeutung der Volkszählung für Menschen aus andern Ländern — das Flug dazu gibts auch noch nicht

Das jedenfalls war alles geplant....



Zur Spaltung im Offenen Wohnzimmer CHUZPE erhielten wir einen Text, der ursprünglich aus zwei Teilen bestand. Einen Teil, der das Thema "literarisch" angehen sollte und zahlreiche Gedichte enthielt, lehnten wir ab, weil er uns zu sexistisch war. Den anderen Teil, der die Sache vergleichsweise konkret abhandelt, drucken wir hier nebst einer Stellungnahme der Leute von CHUZPE.

CHUZPE nennt sich eine Autonome Gruppe, Offenes Wohnzimmer, Selbsthilfegruppe — "Hilfe zur Selbsthilfe" —, verspricht Freiräume für gesellschaftlich Verfolgte, wie Psychiatriepatienten, Psychopharmaka-abhängig gemachte, Justiz-, Polizei-, Familien-, Wissenschafts-, etc.-opfer. Diese und andere, auf Grund ihrer Situation labile, sensibilisierte Problemwähler und Verzweifelte halten dieses Aushängeschild für die Verheißung der Oase in der Wüste — nur um feststellen zu müssen, daß sie wieder einer Fatamorgana aufgesessen sind.

Hier soll frau/man "spinnen dürfen", also seine "Verrücktheit ausleben können" laut Mitglieder von CHUZPE, die sich aus LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, PhysiotherapeutInnen, K.A.I. Mitgliedern etc. zusammensetzt, die überzeugt sind, alternativ und gesellschaftskritisch eingestellt zu sein, die aber schon bei dem Gedanken, daß die einzig wirkliche Therapie für Psychiatriepatienten die Änderung des Gesellschaftssystems ist, emotionelles und geistiges Black-Out erleiden. (Ist mir zu Ohren gekommen, daß sie ihre Gruppe sogenanntem "Supervisor" vorgeführt haben, das sind Therapeuten der psychiatrischen Anstalt, von Pro Ment I. zur Verfügung gestellt, die verfahrenen Selbsthilfegruppen wieder auf die Sprünge helfen sollen; Effekt in diesem Falle auch in die Hose gegangen — wohin sonst)

Sie weigern sich politisch oder auch nur gesellschaftskritisch Stellung zu beziehen, weil sie sich vor "Schwarz-Weiß Malerei" fürchten, ihre heile Seifenblasenwelt weiterbauen wollen, um mit dem daraus gewonnenem Charme das System dieser Gesellschaft bestechen zu können. (Von diesem oben beschriebenen Charme weiß

ich allerdings nur aus einer Erzählung. Im Umgang mit ihren Gästen oder Mitarbeitern befließen sie sich eines weniger glücklichen Stiles.)

Sie sind taub für Ratschläge, ihre Organisation aus öffentlichen staatlichen Mitteln zu finanzieren, da sie befürchten, in Abhängigkeit zu geraten oder einfach nicht im Stande sind, Termine mit Ämtern einzuhalten, Gespräche mit entsprechenden Amtspersonen zu führen oder diese Aufgaben an dafür geeignetere Personen zu delegieren. So finanzieren sie ihr Unternehmen aus eigener Tasche (was diejenigen, die wirklich kein Geld übrig haben, direkt oder un-

Meinungen & Diskussionen

terschwellig ebenfalls in die falsche Kehle kriegen), womit sie sich die Bruchlandung vorprogrammieren. Auch die Klingelbeutelmethode ("Hast du heute schon für dein Essen bezahlt?") praktiziert mensch ohne Rücksicht auf Verluste und mehr damit ihr Defizit an Sympathien und freiwilligen Spenden.

Auch halten sie sich an ihr Programm, Freiraum zum "Spinnen" zu schaffen, durchaus nicht, sondern spielen selbst sehr genau abgezielte Rollen, die jedes lebhaft Agieren der Gruppe oder Einzeler beschwichtigen sollen und neigen dazu, jede Anregung paranoid bis zur Unkenntlichkeit und völligen Inaktualität zu zerreden. Kein Wunder, daß ihnen diese Arbeit mit der Gruppe "nicht mehr Spaß macht", sie "nicht ausfüllt" und "nichts weitergeht". Anstatt Ideen anderer Teilnehmer mitzuverfolgen und sich davon anregen zu lassen, sperren sie sich dagegen, ziehen sich zurück und mißbilligen (aus sicherer

Entfernung), was die so in Stich gelassenen selbst tun wollen.

In ihrem Lokal macht sich eine Stimmung breit, die mich an die Sonntagabend-Pflichtbesuche bei meiner Großmutter erinnert. Allerdings waren diese Großfamilienabende von einer gewissen großbürgerlichen Lebensart getragen; CHUZPE hat sich die Bürgerlichkeit zwar heimlich in der Seele bewahrt, die Lebensart aber leider eingebüßt — im Gegenteil: frau/man ist versucht an Sterbensarten zu denken, die hier erprobt werden sollen. Etwa: wie lange halten es zehn bis zwanzig Raucher bei anhaltendem Zigarettenkonsum in einem ungelüfteten, unbeheizten Raum aus. Auf NichtraucherInnen wird keine Rücksicht genommen, die sind in der Minderheit. CHUZPE ist demokratisch, eine Minder-

heit hat auch hier kein Recht. Außer sie wird aggressiv, brüllt herum, bietet Handgreiflichkeiten und droht mit Entzug der eigenen Person aus der Gruppe — und fordert dann die anwesenden Raucher hinterhältig

höflich auf, doch bitte während der Lesung, die sie jetzt eigentlich angekündigterweise halten möchte, draußen zu rauchen. Da ist es doch tatsächlich passiert, daß die Raucher wie geprügelte Hunde mit ihren Zigaretten hinauspilgern — was vor Gebrüll mit Höflichkeit keineswegs zu erreichen war — und sich CHUZPE andertags überlegt, wie man denn diesem Menschen, nämlich dem Nichtraucher, beibringen könnte, daß er schon wieder einen manischen Schub hat und die Gruppe mit seinen Ausbrüchen perhorresziert (It. Duden: mit Abscheu zurückweist, Anm.d.Tipperin), und keiner sich gefallen lassen kann, wie autoritär er sich aufführt.

Ade CHUZPE! Unsere eigene ist uns Chuzpe genug. Es tut uns auch gar nicht leid, wir haben sogar etwas gelernt, nämlich wie es nicht geht. Anscheinend doch nicht genug Chuzpe gehabt, die CHUZPE.

Mit Gruß L. ●

Zum Brief von L., zum Wickel mit E. und über die CHUZPE.

Ausgangspunkt für den Konflikt mit E. waren unterschiedliche Meinungen über die Einrichtung eines Therapiefonds. Dieser Fonds sollte dazu dienen, Leuten denen's schlecht geht und die deshalb eine Therapie machen wollen, die Möglichkeit zu geben, gute TherapeutInnen in Anspruch zu nehmen und nicht auf irgendwelche PsychiaterInnen oder KrankenkassapsychologInnen angewiesen zu sein. Natürlich wollten wir im vorhinein Gespräche mit diesen Therapeuten führen, um sicher zu gehen, daß nicht eineR in die Fänge von Psychiatrieanhängseln gerät, deren Therapie in schnellstmöglicher Einweisung in eine Anstalt besteht.

Im Laufe dieser Diskussion kamen tiefe persönliche Meinungsverschiedenheiten ans Tageslicht, die oberflächlich geschlichtet wurden, aber nach kurzer Zeit wieder aufbrachen. Nun wurde das Rauchen als größtes Problem der CHUZPE aufgeschaukelt und die persönlichen Wickel verdeckt.

Vor einigen Wochen steigerte sich dieser Konflikt bis zum Bruch von E. mit der CHUZPE. Was darauf folgte, waren und sind haßerfüllte Angriffe gegen uns, die tief ins Persönliche gehen und nichts mit inhaltlicher Auseinandersetzung zu tun haben. Übrigens: die Supervisorin, von der L. spricht, nahm die Gruppe K.A.I. in Anspruch, nachdem sie sich diese selbst ausgesucht hatte. Ob sie K.A.I. auf die Sprünge geholt hat, ist eine andere Sache.

Über die CHUZPE:

Die Chuzpe gibt's seit Ende Juli 90, gegründet von ein paar Leuten, die teilweise in der Gruppe K.A.I., die das KOMM 24 am Steinhof betreibt, mitgearbeitet haben oder noch immer mitarbeiten. Die Chuzpe ist offenes Wohnzimmer, Info-Beisl, Kulturraum, Gruppenraum, soll kein Szene-Treff sein, sondern Platz bieten für alle möglichen "Ausgeflippten".

Antipsychiatrie ist der politische Bereich, dem unser Hauptaugenmerk gilt. Antipsychiatrie aber nicht als isoliertes Gebiet im politischen Spektrum, sondern im Zusammenhang mit Justiz, Häfen, Bullen, Bürokratie, Konzernen — also im Zusammenhang mit Staat und Kapital.

Antipsychiatrie auch als menschlicher Bereich um kaputt-gemachte Menschen aus der Scheiße zu ziehen.

Antipsychiatrie als Stoß gegen die Entmenslichung, Entfremdung, Ausgrenzung durch die leistungsorientierte Gesellschaft.

Die Chuzpe ist auch entstanden, um uns selbst Freiraum, Luft zu schaffen, ein Versuch unsere Kreativität ausleben zu können, ein Mittel gegen die Vereinzelung. Es ist uns klar, daß das Schaffen von Freiräumen, gesellschaftlichen Nischen nur ein Anfang sein kann, um Veränderungen herbeizuführen. Es dient dazu. Kräfte zu sammeln und mit geballter Kraft gegen die HERRschenden Front zu machen.

Es ist notwendig, Konflikte auszutragen, um Perspektiven zu entwickeln, die nicht den "Normaalen" in die Hände spielen. Es ist notwendig, sich miteinander auseinanderzusetzen, um zu erkennen, welche Möglichkeiten und Strategien sich gegen das Kaputtwerden und Kaputt-gemacht-werden ergeben.

Die Chuzpe ist ein kleiner Beitrag, um diese

Ziele zu erreichen. Nur in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Leuten können wir Veränderungen herbeiführen.

Seit Anfang April 91 haben wir der Chuzpe ein neues Konzept gegeben. 9 Monate lang hingen wir dem Irrtum nach, daß unsere Arbeit ohne wirkliches Konzept schon irgendwie laufen würde.

Wir sind an dem Punkt angelangt, an dem wir merkten, daß unsere persönlichen und finanziellen Probleme nur mehr durch eine neue Struktur zu lösen sind.

Die Finanzierung des Lokals wurde auf mehr Menschen und Gruppen aufgeteilt, durch die Umstrukturierung sollen neue Anreize für jene entstehen, die schon den Hut draufhauen wollten.

Einige neue Gruppen treffen sich ab jetzt regelmäßig in der Chuzpe (Asyl, Frauen-Gesundheitsprojekt, jede 2. Woche Frauennachmittag), eine eigene Beisl-Gruppe wurde gegründet. Unsere Aktivitäten sollen öffentlicher werden: mehr Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Aussendungen von Veranstaltungankündigungen.

Die Organisationsarbeit wurde auf mehr Leute aufgeteilt, damit bei einzelnen nicht wieder unermeßlicher Frust entsteht.

Die fast schon regelmäßigen Bullen- oder Spitzelbesuche werden uns nicht in seelische Gewissensbisse führen.

Die Chuzpe lebt und wir lassen uns nicht unterkriegen! ●

CHUZPE-Autonome Selbsthilfe
Marktgasse 21-23, 1090 Wien, Tel.: 34 50 524

Termine

linz

KAPU Kapuzinerstr.36
Fr.26.04.20h: ASSASSINS OF GOD(usa), HUMAN ERROR(brd)
Di.30.04.20h: D.A.M.N.-Hip Hop(nl), anschließend DISCO
Sa.04.05.20h: KINA(it), CAT-O-NINE-TAILS(brd)
Do.09.05.20h: NO FX(usa)
außerdem:
So 05.05.: FRAUENFRÜH-STÜCK
jeden Di.: 19.30h INFOLADEN PLENUM
jeden Mi.: 19.30h KAPU-Palaver
jeden Do.: MUSIK-VIDEOS

STADTWERKSTATT Kircheng. 4

Mi.24.04.21h: gemeinsamer Fernsehabend ROBOCOP (O-Fassung)
Sa.27.04.20h: DIE MOLLIES, open-end DISCO
Mi.01.05.21h: TERMINATOR (Film in steirischer O-Fassung)

UNI
Di.07.05.19h: Volkszählungsveranstaltung mit Herbert KRACSENICS
us

schwertberg

KANAL Josefthal 21
Sa.27.04.21h: LEGENDARY PINK DOTS(gb)
Sa.04.05.21h: DISCO

wels

SCHLACHTHOF Dragonerstr.22
Fr.26.04.: ART MOULU (french independent)
Sa.27.04.: JOSEF HADER "BUNTER ABEND"
Di.30.04.: SHAKEN NOT STIRRED

innsbruck

AM HAFEN Innrain 157
"HAVENBOILER"
Sa.04.05.: NAR MALIK
Sa.18.05.: BICYCLE THIEVES

wien

FLEX 12.Arndtstr.51
Do.25.04.: ASSASSINS OF GOD(usa)
Sa.27.04.: IT(brd)
Fr.03.05.: BLECHREIZ(berlin SKA)
Mo.06.05.: GORILLA BISCUITS(usa)
Mi.15.05.: BULIMIA BANQUET(usa)
außerdem:
BOILER LIVE POOL
Mi.24.04.: THE PERFECT CRIME
Mi.01.05.: HARMLESS WANKERS
Mi.15.05.: FLEISCHPOST. — (BULIMIA BANQUET(usa))

EKH 10,Wielandg.2-4
Di.23.04.19h: Volkszählungs-Infoabend

Mi.24.04.19h: Kolonie der USA? Puerto Rico libre! Leute von MLN (Movimento de Liberación Nacional) sprechen zu: Boykott des Referendums über den zukünftigen Status Puerto Ricos; Forderung nach Freilassung der puertoricanischen (Kriegs-)gefangenen; Freedom Now!-Kampagne und "Neue Weltordnung" nach dem Golfkrieg

Fr.26.04.19h: TV für TV (Tanz-Veranstaltung f. TotalVerweigerung)

MYRIADS OF MIRROR, DIE 3 GORDONS, DISCO mit DJ X.B.Liebig

Achtung! Bei folgenden Ankündigungen der Videovorfürungen gibt's unterschiedliche Angaben des Datums. Am besten ihr kommt zur TV für TV, dann is nix verhaut!

Fr.26.04.19h:
RADIO SHERWOOD-Leute (Padua) zeigen Videos über:
CENTRI SOCIALI, ANTI-KRIEGSAKTIONEN, AUSLÄNDER BESETZEN HÄUSER, F-16-SOMMERLAGER

Sa.27.04.19h Video über:
PALÄSTINA — Interview mit dem Vize der PFLP; Gespräch mit Militanten der Schlagenden Truppen; Alltag in der INTIFADA; Schilderungen der TÄTIGKEITEN von RADIO SHERWOOD
Di.30.04.: Solifest für GEORG (Opernball 90) DOBRATSCH ABSTURZBAND, MÜLLITANT (die hervorragenden!!)

Do.02.05.20h: Kabarett mit JOSEF HADER und ÜberraschungskabarettistInnen

Fr.03.05.21.30h: BLECHREIZ (berlin, SKA)

Mi.08.05.21h: NO FX (usa), SEVEN SIOUX (linz)

Fr.10.05.: SKA-Fest (Konzert + Disco)
außerdem:

jeden Mo + Do ab 19h: VOLXKÜCHE

Mo bis Fr.12 - 18h: "Ohne Mampf — kein Kampf" = "Früh"stücksbuffet
jeden Di + Sa ab 18h: Beisl

CHUZPE 9,Marktg.21-23
jeden Mo.18h: VOLX-Vollwer-tessen um 15 Öschis und Kultur
jeden Di.17h: Gruppe "Asyl" (beschäftigt sich mit Obdachlosigkeit, Wohnraumproblemen), 19.30h: antipsychiatrische Veranstaltungsreihe
jeden Mi.19.30h: KAI
jeden 2. Freitag ab 26.04. Frauennachmittag
VOLXVERZÄHLUNGSBÜRO UND -TELEFON (34 50 524);
jeden Do: 17-19h

jeden Fr: 19-21h

KOMM 24 14,Psychiatrie am Steinhof,Baumgartner Höhe 1
Sa.11.05.: riesiges Gartenfest mit Band
sonst jeden Tag von 14-17.30h geöffnet

VHS FAVORITEN

Wem gehört mein Körper?
Di.30.04.19h: Spital und Menschen heute, Prim.Dr.Rocken-schaub

Di.07.05.19h: Männliche Geschlechterrolle und Gesundheitsrisiken, DDrW. Till

Informationsgesellschaft
Do.25.04.19h: Neues Leben mit Computer? Dr.Gero Fischer

Do.02.05.19h: Frauen in der Computergesellschaft, Dr.Renate Buber

Nationen und Nationalismus in Europa

Beendet das Zusammenwachsen Europas die Gegensätze zwischen den Nationen oder schafft es neue? Wie steht es mit den Nationalismen der Völker: trifft die Unterscheidung zwischen verabscheuungswürdigen Nationalismen in Ungarn, Rumänien, Jugoslawien usw. einerseits und lobenswerter Vaterlandsliebe in den "zivilisierten Demokratien" andererseits zu?
Mi.24.04., Mi.08.05., Mi.15.05., jeweils ab 18h

AUDIMAX DER TU &; Getreidemarkt 9

Sa.27.04.19h: volksmusik gegen volkszählung — fest mit der Wiener Tschuschenkapelle, Ania-da a noar und mit Die Goaß

ALTE TU Karlsplatz 13,Stiege 4

Zeichensaal 7/Architektur

Fr.26.04.: KSV-FEST

20.30h: ALLEGRIA, Frauen-Percussion mit afrikanischen Rhythmen (Ex-Voodoo)

22.30h: Avantgarde Jazz

01.30h: IEP, Rock-import aus dem Schwertberger KANAL

Videoprojektionen

III. KONGRESS DER EUROPÄISCHEN FÖDERATION FREIER RADIOS-FERL

16. BIS 20. Mai (Pfingstwochenende) in Wien und St.Primus/Sentprimoz (Kärnten)

Anmeldungen, Vorschläge oder Anfragen an:

Ferl Österreich
Lobnik 16, a-9135

Eisenkappel/Zelenzna Kapla
Tel.: 43/42 38/558, Fax: 04238/82 32

HOSI-ZENTRUM 2,Novara-g.40

Do.25.04.20h: Jugendgruppe, Gespräch mit HIV-Positiven
Fr.26.04.21h: Frauentanzabend

Sa.27.04.14h: Beginn des Frauentanzkurses (Anmeldung Lesbengruppe)

Di.30.04.20h: "Cafe Rose" Klassik, Kaffee + Kuchen

Mi.01.05.10.30h: 1.Mai-Aufmarsch, Lesben- und Schwulenblock, Treffpunkt Oper

Do.02.05.20h: Jugendgruppe, Brettspielabend

Sa.04.05.20.30h: Helden geht denken! Textkollage

Di.07.05.20.30h: Video, "Kaputte Männerträume"

Do.09.05.19.30h: Jugendgruppe "Cafe Fliwatüüü!"

Fr.10.05.21h: Frauentanzabend

Di.14.05.20h: Rosa Runde "AIDS-Leben, Spielen, Lernen", Rollenspiele

AMERLINGHAUS 7,Stiftg.8
Arbeitsgem. für das neue Nicaragua

Di.30.04.: Chile-Reisebericht
Di.28.05.: Nicaragua-Solidarität JA! Aber wie?

Saal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten; 9, Maria Theresienstr. 11

Mo.29.04.19h: Österreich und der europäische Wirtschaftsraum

5 Jahre nach Tschernobyl:

Demonstration nach Temelin

Am 27. April gibt's (eingedenk der Tschernobyl-Katastrophe) eine Demo zum tschechoslowakischen Kernkraftwerk Temelin.

Ausgangsort ist Tyn (25km nördlich von Budejovice/Budweis), wo um 11.00 Uhr eine Ausstellung über alternative Energiequellen eröffnet wird.

Um 14.00 Uhr ist Abmarsch vom Marktplatz zum AKW

Von mehreren Orten Österreichs aus sind Busse zur gemeinsamen Anreise organisiert.

Information und Anmeldung:
Anti Atom International
(Margaretha Bannert, Ulla Brink)
Tel: 0222/53 475/208 oder 209

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr
TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen:

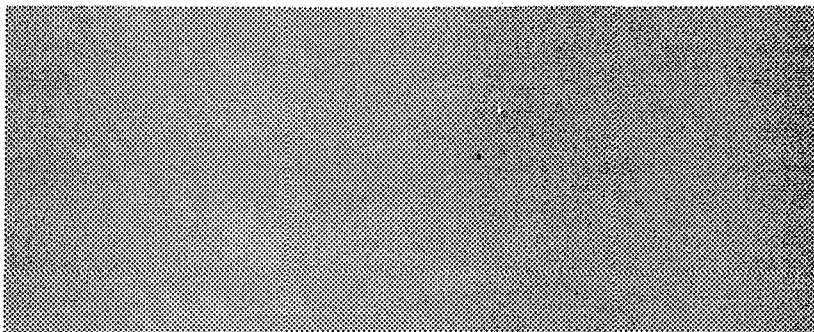
NEU: jeden Dienstag(!) um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpfeiler unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. Nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der jeweiligen SchreiberInnen wieder! Selbstverständlich distanzieren wir uns von allen, in nicht redaktionellen Beiträgen aufgestellten Behauptungen und vertretenen Meinungen.....

TANZVERANSTALTUNG



FÜR TOTALVERWEIGERUNG

Es gehen auf:
Myriads of Mirror
Die 3 Gordons
Disco... mit DJ X.B. Liebig

Ernst Kirchwegger Haus
Wien, zehnter Hieb; Ecke Gudrunstraße/Wielandgasse

FREITAG, 26. April 1991 ab 20 Uhr

Wo s viele Menschen Zwangsdenkstein verweigern wollen, dort gib es auch viele Straßprozesse! Wo s viele Straßprozesse gib, wird viel Geld (Kandel, cash...) gebraucht, deshalb

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** * unser Laden (Apostelgasse 17) ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringergasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradivaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativ-laden (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand März 1991